

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 5 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

• BE ID = 561,566,567,568,569

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 2110 / Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Landesverband Berlin/Brandenburg

STRP Wind / STRP Wind

BE-ID: 561	<p>Der BWE LV BB und der LEE BB haben jedoch die Sorge, dass die Flächenbeitragswerte zu knapp geplant wurden und es an einem notwendigen planerischen "Puffer" fehlt. Zudem sollte bedacht werden, dass sich die Regionale Planungsgemeinschaft nicht, mit Blick auf die Erreichung des 2,2 Prozent-Ziel 2032, entscheidender Möglichkeiten beraubt. Nach Ansicht der Verbände bedarf es daher Nachbesserungen und Ergänzungen.</p> <p>2. Hinweise und Forderungen des BWE LV BB und LEE BB: Der Ausbau der Windenergienutzung kann nicht warten. Wir sehen die gewählte Zweistufigkeit der Flächenausweisung in Brandenburg 2027/2032 deshalb kritisch und befürworten aus Gründen der Systemgerechtigkeit der Planung, der Vermeidung von Prüfaufwand und der damit einhergehenden Verzögerung die Erreichung des Ziels von 2,2 Prozent in einem einstufigen Planungsprozess bis 2027 oder möglichst noch früher. Folgt man dem nicht, muss jedenfalls schon jetzt ein ausreichender "Puffer" an Fläche vorgehalten werden, da - wie Beispiele aus anderen Bundesländern zeigen - die Vorranggebiete nicht immer vollständig ausgenutzt werden können. Nur so kann die Rechtssicherheit der Planung gewährleistet und die Energiewende wirksam vorangebracht werden. Es ist im Sinne einer systemgerechten und widerspruchsfreien Planung mit Blick auf das 2,2 Prozent-Ziel des Jahres 2032 entscheidend, dass die Kriterien der Ausweisung der Vorranggebiete auch der künftigen Planung "Luft zum Atmen" lassen und nicht so restriktiv gestaltet werden, dass die Erreichung des künftigen Flächenziels in Frage steht. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir eine Anpassung der Planungskriterien in Bereichen, in denen sie bisher fachlichen oder bundes- bzw. landesgesetzlichen Wertungen widersprechen oder durch solche Wertungen nicht gedeckt sind.</p>	<p>Die Bedenken sind unbegründet. Die festgelegten Vorranggebiete entsprechen den Anforderungen des § 4 WindBG und des § 249 Absatz 6 BauGB. Die Forderung nach einem „ausreichenden Puffer“ im Sinne einer gezielten Übererfüllung des für den Stichtag maßgeblichen regionalen Teilflächenziels ist nach Maßgabe der rechtlichen Vorschriften - auch des § 2 EEG - nicht gerechtfertigt und wird auch durch den allgemeinen Hinweis darauf, dass Vorranggebiete in anderen Bundesländern „nicht immer vollständig ausgenutzt werden können“ nicht nachvollziehbar begründet. (siehe dazu auch Rn. 30 der Planbegründung) Die Festlegung von zusätzlichen Vorranggebieten, die zur Erreichung des für den Stichtag 31.12.2032 maßgeblichen regionalen Teilflächenziels erforderlich sind, erfolgt in einem eigenständigen Verfahren.</p>
BE-ID: 566	<p>3.1.2 Flächenzielwerte für Brandenburg: Für Brandenburg ergibt sich demnach ein zu erreichender Flächenwert von 1,8 Prozent bis 2027 und 2,2 Prozent bis 2032. Wir sind der Überzeugung, dass es aus mehreren Gründen geboten und vorzugswürdig ist, nicht im zweistufigen Verfahren vorzugehen, sondern in einem einheitlichen Planungsprozess unmittelbar die Zielerreichung des 2,2 Prozent-Zieles zu verwirklichen. Damit lassen sich gleich mehrere Ziele erreichen: systemgerechte und nach einheitlichem Planungsgerüst verwirklichte Festlegung von Vorranggebieten ohne zeitliche und rechts-/planungssystematische Brüche, rechtssichere Planung durch Vermeidung von Widersprüchen in beiden Planwerken, unmittelbar mehr Raum für die Windenergienutzung und Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie, weniger Planungsaufwand durch ein einheitliches Verfahren. Das Gesetz zur Festlegung regionaler Teilflächenziele hindert ein solches einstufiges Vorgehen im Übrigen nicht, da dort regelmäßig davon die Rede ist, welche Ziele bis wann "mindestens" erreicht werden müssen - damit steht auch eine vollständige Zielerreichung bis 2027 im Einklang mit diesem Gesetz.</p>	<p>Die Argumentation für ein vorzeitiges Erreichen des regionalen Teilflächenziels zum Stichtag 31.12.2032 überzeugt nicht. Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, mit der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans 2027 das regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2027 zu erreichen, ist nach Maßgabe der bundes- und landesgesetzlichen Vorgaben zulässig und stellt keinen Mangel des Planwerks dar. Es ist nicht ohne Weiteres verständlich (und wird durch den Stellungnehmer auch nicht aufgeklärt), warum es "systemgerecht" wäre, Vorranggebiete für den Flächenbedarf nach 2032 nach den gleichen Kriterien festzulegen, die für die Erreichung des regionalen Teilflächenziels bis zum Stichtag 31.12.2027 angewendet werden. Die im Sachlichen</p>

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	<p>Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete entsprechen den Anforderungen des § 4 WindBG und des § 249 Absatz 6 BauGB. Die Festlegung von zusätzlichen Vorranggebieten, die zur Erreichung des für den Stichtag 31.12.2032 maßgeblichen regionalen Teilflächenziels erforderlich sind, erfolgt in einem eigenständigen Verfahren. Mit der zweistufigen Vorgehensweise ist der Vorteil verbunden, dass die spätere Planung an die sich verändernden tatsächlichen und rechtlichen Bedingungen angepasst werden kann.</p>
<p>BE-ID: 567 3.1.3 Überraschendes öffentliches Interesse: Hinzu kommt, dass nunmehr nach § 2 EEG 2023 die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien gesetzlich betont wird, in dem nach dieser Vorschrift die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen deshalb die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen - auch auf der Ebene der Regionalplanung - eingebracht werden. Konkret bedeutet dies, dass die erneuerbaren Energien damit derzeit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen z. B. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden sollen (vgl. die Gesetzesbegründung, BT-Drs. 20/1630, S. 159). Diese Gewichtungsvorgabe gilt auch für die raumordnerische Abwägung im Sinne von § 7 Abs. 2 ROG - an ihr muss sich der Plangeber messen lassen.</p>	<p>Die Vorschrift des § 2 EEG ist nicht geeignet, die Forderung des Stellungnehmers, das regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2032 bereits mit dem Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 zu erreichen, zu begründen. Mit der Vorgabe der Flächenbeitragswerte im WindBG hat der Bundesgesetzgeber die energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Bedarfe, die sich aus den Ausbauzielen und -pfaden des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zum Erreichen der Klimaschutzziele ergeben, mit der planerischen Festlegung der dafür erforderlichen Gebiete bereits verknüpft. (siehe auch Rn. 30 der Planbegründung) Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, zunächst das gesetzlich vorgegebene regionale Teilflächenziel zum Stichtag 31.12.2027 zu erfüllen, steht daher nicht im Widerspruch zu dem im § 2 EEG festgestellten „überragenden öffentlichen Interesse“ an der Nutzung der erneuerbaren Energien.</p>
<p>BE-ID: 568 3.1.4 Vorranggebiete anstatt Eignungsgebiete: Nach dem Prinzip der "Ausschlussplanung" durften Windenergieanlagen bisher ausschließlich innerhalb von sogenannten "Eignungsgebieten" geplant und gebaut werden. Das Flächenangebot für die Windenergienutzung wurde also durch die Regionalplanung begrenzt. Mit der Einführung der "Angebotsplanung" erhält die Windenergienutzung in "Vorranggebieten" nun Priorität vor anderen Nutzungen. Werden die Flächenziele erreicht, ist die Windenergienutzung außerhalb der "Vorranggebiete" nur noch eingeschränkt zulässig. Im Ergebnis bietet die Regionalplanung nicht nur mehr Raum für die Windenergienutzung, sondern auch Kommunen und Unternehmen einen stabileren und zugleich flexibleren Rahmen für ihre Planungs- und Investitionsentscheidungen.</p>	<p>Die Feststellungen sind zutreffend. Der Stellungnehmer verkennt mit den in seiner Stellungnahme geäußerten Bedenken jedoch die Bedeutung der auf diese Weise veränderten Rechtslage. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung im Sachlichen Teilregionalplan stellt in Übereinstimmung mit den durch den Gesetzgeber zu den jeweiligen Stichtagen vorgegebenen Flächenzielen lediglich ein Mindestflächenangebot dar, das von den Kommunen nach eigenen Vorstellungen ergänzt werden kann. Die vom Stellungnehmer erhobene Forderung, Vorranggebiete in größerem Umfang festzulegen bzw. seine Bedenken hinsichtlich des „Verschenkens“ von für die Windenergienutzung geeigneten Flächen (siehe beispielsweise BE 563, 577 und 581), haben allein aus diesem Grund keine rechtlich tragfähige Grundlage.</p>
<p>BE-ID: 569 3.1.5 Vorranggebiete durchsetzen und "Puffer" schaffen: Um den soeben dargestellten Gewichtungsvorgaben des § 2 EEG 2023 sowie den generellen Anforderungen an eine rechtmäßige Flächenfestlegung von Vorranggebieten Rechnung zu tragen, muss der Plangeber sicherstellen, dass sich die Windenergie im</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Die festgelegten Vorranggebiete entsprechen den Anforderungen des § 4 WindBG und des § 249 Absatz 6 BauGB. Die Forderung nach einem „ausreichenden</p>

Vorranggebiet durchsetzt. Das VG ist gemäß den gesetzlichen Vorgaben in § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen und dort sind andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Damit ist das Vorranggebiet das stringenteste raumordnerische Instrument zur Sicherung bestimmter raumbezogener Nutzungen oder Funktionen (Spannowsky/Runkel/Goppel/Goppel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 67). Dementsprechend muss - gerade mit Blick auf § 2 EEG 2023 - sichergestellt sein, dass die ausgewiesenen Vorranggebietsflächen derart bemessen sind, dass sich die Windenergie in ihnen selbst auf einer hinreichend großen Fläche durchsetzen kann. Dabei ist - gerade mit Blick auf die Erfahrungen anderer Bundesländer - zu berücksichtigen, dass nicht alle festgelegten Flächen sodann im Anlagengenehmigungsverfahren auch ausnahmslos für die konkrete Anlagenerrichtung zur Verfügung stehen. Deshalb ist der Plangeber gehalten und auch aufgefordert, einen ausreichend großen „Puffer“ an Fläche vorzuhalten, also nicht nur das Teilflächenziel denkbar knapp zu erfüllen, sondern - will er den Ausbau der Windenergie wirklich im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen fördern - dafür Sorge zu tragen, dass gerade mit Blick auf die Nichtnutzbarkeit bestimmter Flächen genug Puffer zur Verfügung steht, um diese Flächen aufzufangen. Es ist mithin auch im Sinne einer systemgerechten und widerspruchsfreien Planung mit Blick auf das 2,2 Prozent-Ziel des Jahres 2032 entscheidend, dass die Kriterien der Ausweisung der Vorranggebiete auch der künftigen Planung „Luft zum Atmen“ lassen und nicht so restriktiv gestaltet werden, dass die Erreichung des künftigen Flächenziels in Frage steht.

Puffer“ im Sinne einer gezielten Übererfüllung des für den Stichtag maßgeblichen regionalen Teilflächenziels ist nach Maßgabe der rechtlichen Vorschriften (einschließlich § 2 EEG) nicht gerechtfertigt und wird auch durch den allgemeinen Hinweis darauf, dass Vorranggebiete in anderen Bundesländern „nicht immer vollständig ausgenutzt werden können“ nicht nachvollziehbar begründet. Die Festlegung von zusätzlichen Vorranggebieten, die zur Erreichung des für den Stichtag 31.12.2032 maßgeblichen regionalen Teilflächenziels erforderlich sind, erfolgt in einem eigenständigen Verfahren.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 5 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

• BE ID = 570,572,576,577,578

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 2110 / Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Landesverband Berlin/Brandenburg

STRP Wind / IV.2.5.1. W 01 Mindestabstände zu bewohnten Gebieten

BE-ID: 570 3.2 Anpassung der Planungskriterien: Um das zuvor unter 3.1 dargestellte Ziel zu erreichen, fordern wir eine Anpassung der Planungskriterien zugunsten der zusätzlichen Flächenbereitstellung für die Windenergie in Bereichen, in denen sie bisher fachlichen oder bundes- bzw. landesrechtlichen Wertungen widersprechen und damit die zusätzliche Flächenbereitstellung unberechtigt hindern: 3.2.1 Abstandsregelung: 3.2.1.1 Verringerung des Abstandes zu Siedlungen von bisher 1.100 Metern notwendig. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat als Kriterium W 1.2 einen Mindestabstand von Windenergievorranggebieten zu Wohngebäuden in Ortslagen oder mindestens fünf im Zusammenhang stehenden Wohngebäuden außerhalb von Ortslagen von 1.100 Meter festgelegt (vgl. Rn. 90 des Textteils des Sachlichen Teilregionalplans Windenergie). Dieses Kriterium bestimmt als weiches Tabukriterium Flächen, die nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung allgemein nicht in Betracht gezogen werden sollen. Der hier gewählte Mindestabstand von 1.100 Meter ist jedoch abwägungsfehlerhaft, damit rechtswidrig, weil zu hoch angesetzt. Er ist deutlich zu reduzieren. Die Regionale Planungsgemeinschaft führt zur Erläuterung dieses Kriteriums zunächst einleitend selbst aus: „Darüber hinaus ist im Land Brandenburg ein gesetzlicher Mindestabstand zwischen Windenergieanlagen und bewohnten Gebieten im Brandenburgischen Windenergieanlagenabstandsgesetz (BbgWEAAbG) festgelegt. Im § 1 des BbgWEAAbG ist geregelt, dass die baurechtliche Privilegierung (§ 35 Absatz 1 Nummer 5 BauG B) für die Errichtung von Windenergieanlagen nur dann Anwendung findet, wenn die Anlagenstandorte einen Mindestabstand von 1.000 Metern zu zulässigerweise errichteten Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 des Baugesetzbuchs) oder innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 des Baugesetzbuchs) einhalten. Bei einer Festlegung des Mindestabstands zwischen Vorranggebieten für die Windenergienutzung und bewohnten Gebieten auf 1.000 Meter könnte sich die Regionale Planungsgemeinschaft daher auf die vom Landesgesetzgeber vorgenommene Bewertung berufen, dass ein solcher Abstand im Sinne eines Vorsorgeabstands angemessen ist. (Textteil des Sachlichen Teilregionalplans Windenergie, Rn. 92, 93.) Das ist korrekt - allein der Konjunktiv ist fehl am Platz: Die Regionale Planungsgemeinschaft "könnte" sich nicht nur darauf berufen, sondern sie soll es auch zur Vermeidung von ihr selbst (zu Recht!) in den Raum gestellten Wertungswidersprüchen. Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt begründet zunächst selbst fest, dass es bereits keine landesrechtlichen Vorgaben gibt, die einen höheren Abstand als 1.000 Meter verlangten. Das trifft mit Blick auf § 1 des Brandenburgischen Windenergieanlagenabstandsgesetz (BbgWEAAbG) zu. Man muss hinzufügen: Die Regionale Planungsgemeinschaft ist sogar berechtigt, im Wege der regional planerischen Festlegung die

Die Annahme, Kriterien des Planungskonzepts - hier Kriterium W 01 - würden fachlichen oder bundes- bzw. landesrechtlichen Wertungen widersprechen, ist unzutreffend. Die Entscheidung, bestimmte Flächen allgemein für eine Festlegung als Vorranggebiet nicht in Betracht zu ziehen, liegt im Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft, soweit diese Entscheidung inhaltlich plausibel und begründet ist. Allgemein können alle Bereiche ausgeschlossen werden, die zu unerwünschten Nutzungskonflikten mit technischen, ökologischen oder raumordnungspolitischen Aspekten führen würden. (siehe Rn. 90 der Planbegründung) Das Ermessen wurde vorliegend fehlerfrei ausgeübt. Die Regionale Planungsgemeinschaft hat alle Sachverhalte, die erkennbar und von Bedeutung sind, zutreffend ermittelt und auf dieser Grundlage nachvollziehbare Entscheidungen für die Festlegung von Mindestabständen, die zwischen bewohnten Gebieten und Vorranggebieten für die Windenergienutzung eingehalten bleiben sollen, getroffen. (Abschnitt IV.2.5.1. der Planbegründung) Die Regionale Planungsgemeinschaft hat auch erwogen größere bzw. kleinere Mindestabstände anzuwenden und die jeweiligen Entscheidungen, dies nicht zu tun, nachvollziehbar begründet. (siehe Rn. 112 bis 115) Maßgeblich für diese Entscheidungen sind immissionsschutzrechtliche Sachverhalte, die durch ein Fachgutachten unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ermittelt wurden. Durch aktuelle, umfassend dokumentierte Sachverhaltsermittlungen hat die Regionale Planungsgemeinschaft die Parameter einer Referenzanlage bestimmt. Dabei ist insbesondere nachvollziehbar festgestellt worden, dass Windenergieanlagen, die in der Region in den nächsten Jahren voraussichtlich zur Anwendung kommen werden, nach Maßgabe der typenbezogenen Nennschallleistungspegel höhere

Abstandsvorgabe des BbgWEAAbg von 1.000 Metern deutlich zu unterschreiten. Gemäß § 1 Abs. 3 S. 1 BbgWEAAbg gilt der Abstand nämlich nicht "für Vorhaben auf Flächen in Windenergiegebieten gemäß § 2 Nummer 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1 3 53), das durch Artikel 5 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. I Nr. 6 S. 4) geändert worden ist." Mit anderen Worten: Mit § 1 Abs. 1 S. 1 BbgWEAAbG bringt der Landesgesetzgeber zum Ausdruck, dass der Abstand von 1.000 Meter im u.a. vom Regionalplangeber festzulegenden Windenergiegebiet nicht gilt, sondern gerade unterschritten werden darf - dass die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming in Reaktion auf dieses Gesetz den Abstand aber nicht verringert, sondern dagegen auf 1.100 Meter erhöht, stellt einen deutlichen Wertungswiderspruch zur landesgesetzlichen Lage dar, die zum Abwägungsfehler führt.

Schallemissionen bewirken werden als Anlagen, die in der Vergangenheit in der Region errichtet worden sind. Es ist hingegen nicht bekannt, auf welche Sachverhaltsermittlungen der Landesgesetzgeber seine Einschätzung stützt, dass ein Mindestabstand von 1.000 Metern im Sinne der Vorsorge ausreichend sei. Es ist vielmehr festzustellen, dass die Annahme, ein Mindestabstand von 1.000 Metern sei als „Vorsorgeabstand“ ausreichend, im Land Brandenburg seit dem Jahr 2009 (siehe Gemeinsamer Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung und des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz vom 16. Juni 2009 Nummer 2 Buchstabe c) unverändert beibehalten wird, ohne dass bekannt geworden wäre, worauf diese Annahme beruht oder dass eine Überprüfung der sachlichen Grundlagen dieser Annahme stattgefunden hätte. Eine begründete und angemessene Abweichung von diesem Mindestabstand stellt auch aus diesem Grund, wie von der Regionalen Planungsgemeinschaft zutreffend festgestellt, keinen erheblichen Wertungswiderspruch zur Regelung des § 1 des BbgWEAAbG dar. Der Sachverhalt, dass in § 1 Absatz 1 Satz 3 BbgWEAAbG geregelt ist, dass für den Fall, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Vorranggebiete mit einem geringeren Abstand als 1.000 Meter festlegen sollte, in diesen Vorranggebieten der Errichtung von Windenergieanlagen § 1 Absatz 1 Satz 1 BbgWEAAbG nicht entgegensteht, stellt keine Aufforderung an die Regionale Planungsgemeinschaft dar, Vorranggebiete mit einem geringeren Abstand festzulegen. Die für Immissionsschutz zuständige Landesfachbehörde (Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2) hat mit Stellungnahme vom 18.10.2023 (Eingangs-Nr.: 013391) die Einschätzung mitgeteilt, dass die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen zur Begründung vorsorgender immissionsschutzrechtlicher Abstände als sachgerecht bewertet werden.

BE-ID: 572 3.2.1.2 Kein Abstand über 1.000 Meter: Die Erhöhung des Mindestabstands von Windenergievorranggebieten zu Ortslagen über 1.000 Meter hinaus begegnet auch mit Blick auf die Rechtsprechung in anderen Bundesländern durchgreifenden rechtlichen Bedenken; es sollte deshalb dringend zumindest von jedem Abstand abgesehen werden, der größer ist als 1.000 Meter. So hatte sich aktuell das OVG Weimar mit einem weichen Ausschlusskriterium - Abstand zur Wohnbebauung von mehr als 1.000 Meter zu befassen - und dieses als abwägungsfehlerhaft und rechtswidrig eingestuft. Das OVG Weimar hat in seinem Urteil v. 09.11.2022 -1 N 548/19 - zum "Sachlichen Teilregionalplan Windenergie" der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen diese Frage rechtlich erörtert und stellt fest: "Als abwägungsfehlerhaft erweist sich teilweise auch die Festlegung von weichen Kriterien. (1) Dies betrifft vor

Die Bedenken sind unbegründet. Das vom Stellungnehmer zitierte Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Weimar vom 09.11.2022 ist nicht geeignet, die Forderung des Stellungnehmers nach einer Verringerung der Mindestabstände zwischen bewohnten Gebieten und Vorranggebieten für die Windenergienutzung zu begründen. Wie an anderer Stelle auch (siehe beispielsweise BE 568) verkennt der Stellungnehmer unter anderem die Auswirkungen der durch das Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20.06.2022 eingetretenen

allein die unter dem Kriterium Nr. 1.3 festgelegte Tabuzone von 1.250 m um alle vorhandenen Siedlungsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteilen (§ 34 BauGB) ... , soweit dort keine Windenergieanlagen stehen oder genehmigt wurden ... Dies hat sie damit begründet, dass sie über den harten Puffer hinaus vorsorglich einen größeren Puffer zwischen den Siedlungsflächen und Baugebieten mit hohem Schutzanspruch sowie Kurparks einerseits und der Windenergienutzung andererseits wahren möchte, um damit immissionsschutzrechtlich auf der sicheren Seite zu sein, weil auch angrenzend an die harte Tabuzone von 400 m in einigen Fällen aus immissionsschutzrechtlichen Gründen keine Windenergieanlagen errichtet werden könnten. Mit einem Siedlungsabstand von 1.250 m könne vorsorgend ein hohes Umweltschutzniveau für die Bevölkerung gesichert werden, weil Auswirkungen von Schall und Schattenwurf weiter verringert würden ... Diese Erwägungen sind abwägungsfehlerhaft, weil sie einen Ausgleich zwischen den von der Planung berührten Belangen in einer Weise vornehmen, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht. Es steht außer Frage, dass die Antragstellerin an die harte Tabuzone in Nr. 1.2 des Kriterienkatalogs, die sich am immissionsschutzrechtlich gebotenen Minimum und am baurechtlichen Rücksichtnahmegebot orientiert, eine weiche Tabuzone anschließen kann, in der die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zwar tatsächlich und rechtlich möglich sind, nach ihren landesplanerischen Vorstellungen, die sie anhand eigener Kriterien entwickeln darf, aber nicht aufgestellt werden sollen. Soweit sie diesen Abstandspuffer, der auch weitergehen kann als jener, der die Grenze des Bestehens von Abwehrrechten der Nachbarn darstellt, vom Grundsatz her in zulässiger Weise mit immissionsschutzrechtlichen Vorsorgeerwägungen im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG oder aber mit dem Schutz des Orts- und Landschaftsbildes oder Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen begründet hat, ändert dies nichts daran, dass sich die Festsetzung eines pauschalen Abstandes zu geschützten Nutzungen abwägend rechtfertigen lassen muss. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Größe des Mindestabstandes die Größe der potenziell für die Nutzung der Windenergie nutzbaren Fläche vorliegend maßgeblich beeinflusst ... Ihr [der Plangeberin] war bewusst, dass sie aufgrund dieser Besonderheit im Planungsraum gerade mit der Festlegung des Abstandspuffers zu den schutzbedürftigen Siedlungsflächen bzw. mit der Bestimmung eines Abstands von 1.250 m, der deutlich über den im Windenergieerlass empfohlenen Abstand von 1.000 m hinausgeht, den Umfang der Potenzialflächen maßgeblich steuern werde bzw. diese Bestimmung maßgeblichen Einfluss darauf haben werde, ob ihre Planung schlussendlich der Nutzung der Windenergie im Ergebnis substantiell Raum verschaffen werde. Vor diesem Hintergrund lässt sich den Abwägungserwägungen nicht nachvollziehbar entnehmen, warum die Plangeberin im Rahmen ihres Abwägungsermessens den von ihren angeführten Interessen für die Setzung eines Mindestabstands von 1.250 m ein höheres Gewicht gegenüber den sich im Planungsprozess zeigenden gegenläufigen Interessen beigemessen hat. Soweit für die Ausweisung der Tabuzone in erster Linie die Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen angeführt wird, weist die Antragsgegnerin zwar zutreffend darauf hin, dass sie nicht verpflichtet ist, alles an Flächen für die Nutzung der Windenergie auszuweisen, was anhand des Maßstabes des Immissionsschutzrechts gerade noch möglich ist. Soweit sie aber für die Wahl der Größe des Mindestabstands tragend darauf abstellt, möglichst konfliktarme Vorranggebiete ausweisen, sich immissionsschutzrechtlich auf der sicheren Seite bewegen und vorsorgend ein hohes Umweltschutzniveau für die Bevölkerung sichern zu wollen, stellen diese Aspekte wegen ihrer Unschärfe und Konturenlosigkeit keine handfesten Anknüpfungspunkte für die Abwägung dar. Dass angrenzend an die harte Tabuzone von 400 m in einigen Fällen aus immissionsschutzrechtlichen Gründen noch keine Windenergieanlagen errichtet werden könnten, so dass sich etwaige Vorranggebiete Windenergie nicht umsetzen ließen, versteht sich von selbst. Daraus ergibt sich aber nicht hinreichend, welchen von Lärm und Schattenwurf ausgehenden besonderen Auswirkungen auf die Wohnbevölkerung die Antragsgegnerin entgegenwirken will, wenn sie

Veränderung der Rechtslage. Das Urteil des OVG Weimar vom 09.11.2023 bezieht sich auf einen Regionalplan, mit dem eine Ausschlussplanung nach § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB (in der vor dem 01.02.2023 geltenden Fassung) ausgeführt wurde. So hat der erkennende Senat in der Begründung seiner Entscheidung ausdrücklich auf den Sachverhalt Bezug genommen, dass die beanstandete Festlegung des Mindestabstands einen maßgeblichen Einfluss darauf habe, ob die urteilsgegenständliche Planung „schlussendlich der Nutzung der Windenergie im Ergebnis substantiell Raum verschaffen“ könne. „Vor diesem Hintergrund“ [!] ließe sich den urteilsgegenständlichen Abwägungserwägungen „nicht nachvollziehbar entnehmen“ [!], warum die beklagte Plangeberin im Rahmen ihres Abwägungsermessens den von ihren angeführten Interessen für die Setzung eines Mindestabstands von 1.250 m ein höheres Gewicht gegenüber den sich im Planungsprozess zeigenden gegenläufigen Interessen beigemessen habe. Die beklagte Plangeberin habe ihrer Entscheidung den maßgeblichen Mindestabstand auf 1.250 Meter festzulegen, lediglich mit der Absicht begründet, „sich immissionsschutzrechtlich auf der sicheren Seite [zu] bewegen und vorsorgend ein hohes Umweltschutzniveau für die Bevölkerung sichern zu wollen“. Der Senat stellt dazu fest, dass „diese Aspekte wegen ihrer Unschärfe und Konturenlosigkeit“ [!] keine handfesten Anknüpfungspunkte für die Abwägung darstellen können. Vollkommen anders verhält es sich beim Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming. Zunächst ist festzustellen, dass der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 nicht darauf ausgerichtet ist (und aufgrund der seit dem 1. Februar 2023 geänderten Rechtslage auch nicht sein kann), eine außergebietliche Ausschlusswirkung für die Errichtung von Windenergieanlagen im gesamten Regionsgebiet zu bewirken. Die im Rahmen der Abwägung zu treffenden Entscheidungen können daher auch nicht unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Gewährleistung eines „substantiellen Raumangebots“ bewertet werden. Genau dieser „Hintergrund“ war jedoch in dem vom Senat zu entscheidenden Fall für seine Beanstandung maßgeblich. Weiter – und entscheidend von Bedeutung – ist zudem festzustellen, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming (anders als im Fall es zitierten Urteils) ihre Entscheidungen zur Festlegung der vorsorgenden immissionsschutzrechtlichen Mindestabstände auf der Grundlage einer umfassenden und fachgerechten Sachverhaltsermittlung und unter Erwägung von

Flächen für die Nutzung von Windenergie ausnimmt, die jenseits des allgemein anerkannten und im Windenergieerlass festgelegten planerischen Vorsorgeabstands von 1.000 m liegen. " (OVG Weimar, Urt. v. 09.11.2022-1 N 548/19 -, Rn. 164 - 170, juris; Unterstreichungen hinzugefügt.)

Alternativen nachvollziehbar begründet hat. Dazu wird auf die Feststellungen der Regionalen Planungsgemeinschaft in BE 570 verwiesen. Die in dem zitierten Urteil beanstandete „Unschärfe und Konturenlosigkeit“ der Abwägungserwägungen ist daher für die von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vorgenommenen Abwägungsentscheidungen nicht festzustellen.

- BE-ID: 576 3.2.1.4 Festlegung des Mindestabstandes zu Kurparkanlagen abwägungsfehlerhaft: Beachtlich ist, dass dies in der Entscheidung des Gerichts sogar die Festlegung des Mindestabstandes zu Kurparkanlagen und ähnlichen Gebieten zu Erholungszwecken betraf. Vor diesem Hintergrund muss hier auch die Festlegung eines Abstandes von gar 2.000 Meter als Kriterium W 1.3 als zu weitgehend und abwägungsfehlerhaft gesehen werden; auch dieser Abstand ist deutlich zu reduzieren. Dies folgt auch aus den Wertungen der bundes- und landesgesetzlichen Vorgaben, insbesondere aus § 249 Abs. 9 BauGB: a) Die Vorgabe eines Mindestabstandes von 1.100 Meter übertrifft unzulässig den gem. § 249 Abs. 9 BauGB höchstzulässigen Abstand von 1.000 Meter, der für in Landesgesetzen zu treffende Abstandsregelungen festgelegt wurde. Damit widerspricht die Abstandsvorgabe des Sachlichen Teilregionalplans also schon der bundesgesetzgeberischen Wertung und Intention, keine zu großräumigen Schutzabstände, um Wohngebiete zuzulassen, um der Windenergienutzung Raum zu gewähren. b) Es erschließt sich darüber hinaus auch nicht, welche Aspekte von Gebietsanwohnern in Ortslagen den erhöhten Mindestabstand von 1.100 Meter überhaupt erforderlich machen sollen, die nicht schon durch die bereits vorhanden Abstandskriterien wie insbesondere der Vorgabe von 1.000 Meter gem. § 1 Abs. 1 BbgWEAAbG sowie der Grenze der optisch bedrängenden Wirkung bei dreifacher Anlagenhöhe angemessen berücksichtigt werden.
- Die Bedenken sind unbegründet. Der Forderung wird nicht gefolgt. In Bezug auf das angesprochene Urteil (Bezug genommen wird auf das Urteil des Obergerichtes Weimar vom 09.11.2022 - 1 N 548/19) ist Folgendes festzustellen: Soweit aus der Urteilsbegründung erkennbar war Gegenstand der Beanstandung, dass in dem urteilsgegenständlichen Regionalplan unter anderem ein Mindestabstand von 1.250 Metern zu „Sondergebieten (§ 10 BauNVO, § 11 BauNVO mit [der Wohn- und Mischnutzung] vergleichbar schutzbedürftigen Nutzung) und Kurparken“ festgelegt worden war. (Rn. 161 der Urteilsbegründung) Ein solches Kriterium wurde von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming nicht angewendet. Bei dem im Planungskonzept der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming angewendeten Kriterium W 1.3, dass zu Gebäuden in Kurgebieten, Krankenhäusern und Pflegeanstalten ein Mindestabstand von 2.000 Metern eingehalten wird, handelt es sich um einen vollkommen anderen Sachverhalt. Die Festlegung des Kriteriums W 1.3 beruht auf der nachvollziehbaren Bewertung fachgerecht ermittelter, immissionsschutzrechtlicher Sachverhalte, die in Abschnitt IV.2.5.1. der Planbegründung dargelegt sind. Das Kriterium findet seine Rechtfertigung insbesondere in der nutzungsdifferenzierten Festlegung der Immissionsrichtwerte der TA-Lärm. Die für Immissionsschutz zuständige Landesfachbehörde (Landesamt für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2) hat mit Stellungnahme vom 18.10.2023 (Eingangs-Nr.: 013391) die Einschätzung mitgeteilt, dass die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen zur Begründung vorsorgender immissionsschutzrechtlicher Abstände als sachgerecht bewertet werden. Eine andere Bewertung ergibt sich insbesondere nicht aus § 249 Absatz 9 BauGB. Von der dort geregelten Ermächtigung hat der Brandenburger Landesgesetzgeber mit dem Erlass des Windenergieanlagen-Abstandsgesetzes (BbgWEAAbG) Gebrauch gemacht. Im § 1 Absatz 1 dieses Gesetzes ist ein Mindestabstand zu „zulässigerweise errichteten Wohngebäuden“ geregelt. Diese Regelung schließt die Anwendung immissionsschutzrechtlich

BE-ID: 577 3.2.1.5 Definition der Ortslage abwägungsfehlerhaft: Auch die viel zu pauschale und damit zu weitgehende Definition der Ortslage sowie der Wohnbebauung in Außenbereich als Anknüpfungspunkt des Abstandes von 1.100 Meter erweist sich aus mehreren Gründen als abwägungsfehlerhaft. Es ist aus mehreren Gründen eine nicht zulässige Pauschalisierung, Dorf-, Misch- und Kerngebiete sowie kleine Ansiedlungen im Außenbereich im Hinblick auf die Abstände gleich zu behandeln, wie allgemeine Wohngebiete und all diesen Gebieten einen einheitlichen Abstand von 1.100 Meter zuzubilligen. Damit wird der Belang der Flächenbereitstellung für die Windenergie im überragenden öffentlichen Interesse unzulässig pauschal und ohne sachliche Rechtfertigung hinter den Belang der Wohnnutzung zurückgestellt. Dass für eine solche Gleichbehandlung von Ungleichen auch die sachliche Rechtfertigung fehlt, folgt schon aus den Planunterlagen: a) Zur Begründung werden unter Rn. 100 ff. des Textteils des Sachlichen Teilplans Windenergie auf die in der folgenden Tabelle dargestellten und von einem Ingenieurbüro ermittelten Abstandswerte verwiesen. Die Werte beziehen sich auf eine Gruppe von fünf WEA des Referenzanlagentyps. (Hinweis Tabelle) b) Anhand der Werte in der Tabelle zeigt sich, dass der erhöhte Mindestabstand von 1.100 Meter für sämtliche Ortslagen noch nicht einmal eine Grundlage in den von dem Ingenieurbüro ermittelten Werten findet die Unterlagen des Plangebers legen die Widersprüche diesbezüglich selbst offen: Denn für ein Kern-, Dorf- und Mischgebiet wurde in den Unterlagen ein oberer Abstandswert von 725 Meter ermittelt. Aus welchen Gründen damit insbesondere dieser Gebietsgruppe den oberen Abstandswert noch einmal ein um ca. 400 Meter (!) höherer Abstandswert von 1.100 Meter zugebilligt wurde, ist unerklärlich, wird aber auch nicht nachvollziehbar begründet und führt daher ebenso zu einem Abwägungsfehler. Letztlich werden auf diese Weise ohne Not Flächen von der Bebaubarkeit ausgenommen und so Raum für die Windenergienutzung "verschenkt", in denen dies nicht einmal der eigenen Begründung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 nach überhaupt notwendig wäre.

BE-ID: 578 3.2.1.6 Gleichsetzung von dörflichen Siedlungsgebieten abwägungsfehlerhaft: Insbesondere abwägungsfehlerhaft ist die Gleichsetzung von dörflichen Siedlungsgebieten mit sonstigen Wohngebieten in Ortslagen. Für beide soll gem. dem Kriterium W 1.2 ein Mindestabstandsgebot von 1.100 Meter gelten. Die Begründung der Regionalen Planungsgemeinschaft lautet hierzu: "Zur Gewährleistung eines angemessenen Standards des Schutzes der Menschen vor Schalleinwirkungen, die von den in Vorranggebieten errichteten Windenergieanlagen ausgehen, trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die Entscheidung, für Wohngebäude in Ortslagen allgemein den Immissionsrichtwert von 40 dB(A) zu berücksichtigen (W 1. 2). Diese Entscheidung erfolgt, um Immissionsbelastungen für das Wohnen in dörflichen Mischgebieten möglichst gering zu halten. Durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung sind regelmäßig Regionsteile mit einer vergleichsweise geringeren Bevölkerungsdichte und kleinen Dörfern betroffen. Dörfliche Siedlungsgebiete haben sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt und sind den allgemeinen Wohngebieten ähnlicher geworden. Sie sind heute oft nicht mehr durch die Landwirtschaft geprägt, die vorhandenen gewerblichen Nutzungen sind oft weniger störend. Diese Veränderungen beeinflussen auch das Empfinden der Bewohner, die störenden Einflüssen gegenüber sensibler geworden sind. Diesem Umstand soll durch die Gleichstellung mit den allgemeinen Wohngebieten Rechnung getragen werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft entscheidet daher, den Mindestabstand zu Wohngebäuden innerhalb von Ortschaften allgemein an der Einhaltung des Immissionsrichtwertes von 40 dB(A) auszurichten und nach dem unteren Abstandswert der Tabelle 5 Spalte 3 auf 1.100 m festzulegen. Nach Einschätzung der

begründeter Mindestabstände zu anderen Nutzungen, wie beispielsweise Krankenhäusern, Pflegeanstalten und Kureinrichtung nicht aus.

Die Bedenken sind unbegründet. Die Entscheidung, für mindestens fünf im Zusammenhang stehende Wohngebäude im Außenbereich den gleichen Mindestabstand anzuwenden wie bei Wohngebäuden in Ortslagen (Kriterium W 1.2), liegt im ordnungsgemäß ausgeübten Ermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft und ist in den Rn. 109 und 110 des Plantextes sachgerecht begründet. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in der Begründung seines Urteils vom 23.05.2019 - OVG 2 A 4.19 - festgestellt, dass der der Plangeberin zustehende „planerische Gestaltungsspielraum“ selbst dann nicht überschritten ist, wenn sie bei der Festlegung von vorsorgenden immissionsschutzrechtlichen Mindestabständen auf „eine Differenzierung zwischen Wohn- und Mischgebieten sowie Außenbereichslagen“ vollständig verzichtet. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming mit dem Kriterium W 1.2 vorgenommene Differenzierung in Bezug auf in der Region verbreitet vorkommende besondere (Kleinst-)Siedlungsformen kann nach diesem Maßstab rechtlich nicht beanstandet werden. Zu den Bedenken in Bezug auf die Festlegung des Mindestabstands für Kern-, Dorf- und Mischgebiete siehe BE 578.

Die Bedenken sind unbegründet. Die Festlegung des Kriteriums W 1.2 stellt auch hinsichtlich der Bewertungen in Bezug auf Kern-, Dorf- und Mischgebiete eine zulässige und ordnungsgemäß ausgeübte Ermessenentscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft dar. An den kritisierten Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen der Rn. 106 und 107 der Planbegründung wird festgehalten. Auf die ergänzenden Sachverhaltsdarstellung und Bewertungen in den Rn. 112, 113 und insbesondere 115 der Planbegründung wird hingewiesen. Festgehalten wird insbesondere an der zutreffenden Sachverhaltsdarstellung, dass dörfliche Mischgebiete heute oft nicht mehr durch die Landwirtschaft geprägt sind und dass die vorhandenen gewerblichen Nutzungen häufig weniger störende Emissionen verursachen. Der Einwand, die Feststellung, dass aufgrund dieses Sachverhalts das Empfinden der Bewohner dörflicher Siedlungen gegenüber störenden Einflüssen sensibler geworden sei, sei „einer empirischen Erfassung im Rahmen der Regionalplanung überhaupt nicht zugänglich“

Regionalen Planungsgemeinschaft ist der untere Abstandswert anwendbar, da auf diese Weise eine ausreichende Vorsorge hinsichtlich möglicher Immissionsbelastungen gewährleistet werden kann. Grundsätzlich ist festzustellen, dass eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte in jedem Einzelfall durch die gesetzlichen Vorschriften ausgeschlossen ist. Als Maßstab für die Festlegung der allgemein einzuhaltenden Mindestabstände kann daher auf eine typischerweise zu erwartende Konfliktsituation abgestellt werden. Diese besteht darin, dass Windenergieanlagen im Umfeld dörflicher Siedlungsgebiete errichtet werden sollen, für die der geringere Immissionsrichtwert von 45 dB(A) maßgeblich ist. Der untere Abstandswert für den Immissionsrichtwert von 40 dB(A) gewährleistet daher auf der Ebene der Regionalplanung ein ausreichendes Maß an Sicherheit." Textteil des Sachlichen Teilregionalplans Windenergie, Rn. 106, 107.) Diese Begründung ist, gemessen an den Maßstäben des OVG Weimar, nicht tragfähig: Denn das „Empfinden der Bewohner (dörflicher Siedlungsgebiete), die störenden Einflüssen gegenüber sensibler geworden" seien, auf das die Regionale Planungsgemeinschaft ihre Begründung des höheren Mindestabstandes von Windenergievorranggebieten auch zu Wohngebäuden in dörflichen Ortslagen im Wesentlichen stützt, ist einer empirischen Erfassung im Rahmen der Regionalplanung überhaupt nicht zugänglich und es ist höchst zweifelhaft, ob das mit Blick auf die weit überwiegende Unterstützung/Akzeptanz für die Windenergie in der Bevölkerung überhaupt stimmt. Dementsprechend ist auch nicht nachgewiesen, dass sich das Empfinden der Bewohner dörflicher Siedlungsgebiete überhaupt in der vermuteten Weise gewandelt haben soll. Es handelt sich insoweit lediglich um bloße Behauptungen, die nicht statistisch unterlegt werden können. Selbst bei einem statistischen Nachweis des so vermuteten Empfindens wäre ein solches allerdings noch immer nicht tauglich, um als Grundlage einer planerischen Entscheidung zu dienen. Es fehlt dafür an einer Rechtsgrundlage. 3.2. 1.8 Zusammenfassend: Abstand deutlich reduzieren zusammenfassend ist also festzustellen, dass das weiche Tabukriterium eines Mindestabstandes von Windenergievorranggebieten zu Ortslagen mit mehr als fünf Gebäuden von 1.100 Meter einer Überprüfung aufgrund seiner Abwägungsfehlerhaftigkeit nicht standhalten wird. Der Abstand ist deutlich zu reduzieren.

und angesichts einer „weit überwiegende[n] Unterstützung/Akzeptanz für die Windenergie in der Bevölkerung“ allgemein zweifelhaft, ist nicht überzeugend und führt zu keiner anderen Bewertung. Die der Argumentation des Stellungnehmers zugrundeliegende Behauptung, die betroffene Bevölkerung würde einen Abstand zwischen Windenergieanlagen und den von ihnen bewohnten Häusern von 725 Metern (eher) unterstützen, widerspricht (trotz der vom Stellungnehmer angeführten allgemeinen Zustimmungsraten) vernünftigen Überlegungen und allen Erfahrungen aus der 20-jährigen Planungspraxis der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming. Der Stellungnehmer unterstellt zudem (erneut) zu Unrecht, dass eine Verringerung von Mindestabständen zu dem von ihm gewünschten Ergebnis führen muss, dass mehr Fläche als Vorranggebiet festgelegt wird. (siehe Einwendung des Stellungnehmers BE 577 letzter Satz) Das ist aber aufgrund der gesetzlichen Vorgaben unter den seit dem 1. Februar 2023 veränderten Rahmenbedingungen einer „Angebotsplanung“ nicht der Fall. (siehe dazu auch BE 568) Die vom Stellungnehmer geforderte Verringerung von Siedlungsabständen würde lediglich bewirken, dass immissionsschutzrechtlich stärker konfliktträchtige Flächen als Vorranggebieten festgelegt würden. Solche Festlegungen liegen weder im Interesse der betroffenen Bevölkerung noch im Interesse der an der Nutzung der Windenergie Interessierten. Wie in der Rn. 215 der Planbegründung dargestellt, muss aufgrund der Größe der Vorranggebiete auch damit gerechnet werden, dass, insbesondere dort wo bereits eine größere Zahl von Windenergieanlagen errichtet ist, auch mehr als fünf Windenergieanlagen auf einen Immissionsort einwirken können, so dass die Einhaltung von Immissionsrichtwerten trotz der von der Regionalen Planungsgemeinschaft gewählten Abstände im Einzelfall nur durch die Anordnung entsprechender Maßnahmen (beispielsweise Nachtabstimmung, modifizierter Betrieb) gewährleistet werden kann. Durch diese Maßnahmen, die im Falle verringerter Mindestabstände häufiger anzunehmen sind, würden unerwünschte Einbußen in Bezug auf den energetischen und wirtschaftlichen Ertrag des Betriebs der Windenergieanlagen entstehen, die grundsätzlich nicht für eine Vorranggebietsfestlegung sprechen.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 1 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

- BE ID = 581

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 2110 / Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Landesverband Berlin/Brandenburg

STRP Wind / IV.2.5.2. W 02 LSG

BE-ID: 581 3.2.2. 1 Landschaftsschutzgebiete als weiches Ausschlusskriterium abwägungsfehlerhaft: Dass Sie bisher Landschaftsschutzgebiete als weiche Ausschlusskriterien komplett dem Ausschlussraum zuordnen und dort keine Vorranggebiete festlegen ist mit Blick darauf, dass der Bundesgesetzgeber die Bebaubarkeit mit WEA ausdrücklich in § 26 Abs. 3 BNatSchG erlaubt hat und zudem unter Berücksichtigung der ganz erheblichen Größe der dadurch gesperrten Fläche abwägungsfehlerhaft: a) Begründet wird die Einstufung von LSGs als weiche Ausschlusskriterien damit, durch die Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten würden aufgrund der zuvor dargestellten Bedeutung dieser Gebiete zumindest in Bezug auf das Landschaftsbild - aber auch in Bezug auf andere Schutzgüter wie Tiere und Pflanzen - voraussichtlich Beeinträchtigungen bewirkt, die allgemein als erheblich bewertet werden können. Zudem sei der Plangeber frei in seiner Abwägung, die Flächen einzubeziehen oder nicht. b) Diese Sichtweise steht jedoch mit dem Abwägungsgebot des § 7 Abs. 2 ROG nicht im Einklang. Der Plangeber ist in seiner Einschätzung von Sachverhalten nicht völlig frei und auch der bundesrechtlich verbindlichen Wertung des § 26 Abs. 3 BNatSchG nicht enthoben. Der Bundesgesetzgeber hat eindeutig und bei typisierender Wertung - die genauso Aufgabe der Regionalplanung ist - festgestellt, dass WEA im LSG im Windenergiegebiet zulässig sind, selbst, wenn einzelne LSG-Verordnungen etwas anderes besagen. Damit hat der Gesetzgeber eine naturschutzrechtliche und damit zugleich landschaftsbildrechtliche Bewertung der Sachlage vorgenommen, welche der Plangeber nicht durch eine völlig andere, gegen die Wertungen des § 26 Abs. 3 BNatSchG gerichtete Wertung des Einflusses von WEA auf das Landschaftsbild konterkarieren darf. c) Das Vorstehende gilt umso mehr, als durch den kompletten Ausschluss von LSGs und deren große flächige Ausdehnung in der Planungsregion insgesamt eine massive Außenbereichsfläche von insgesamt fast 356.000 Hektar verloren geht. Dieser pauschale Ausschluss ist aufzugeben und LSG-Flächen sind allein auf der konkreten gebietsbezogenen Fläche im Einzelfall abzuwägen.

Die Bedenken sind unbegründet. Der Forderung wird nicht nachgekommen. Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen, stellt eine zulässige und ordnungsgemäß ausgeübte Ermessenentscheidung dar. An den dazu in Abschnitt IV.2.5.2 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen wird weiter festgehalten. Die Belange der Windenergienutzung sind auch mit den Belangen des Landschaftsschutzes abzuwägen. (Rn. 129 der Planbegründung) Dabei ist es für die ordnungsgemäße Ausübung des Ermessens ohne Bedeutung, ob sich die Regionale Planungsgemeinschaft dafür entscheidet, bestimmte Flächen aufgrund der Festlegung von Planungskriterien allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen oder ob sie orts- und einzelfallbezogene Abwägungsentscheidungen trifft. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Wertung, Flächen in Landschaftsschutzgebieten, für die durch Rechtsverordnung bereits festgestellt ist, dass ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist, nicht für die Festlegung von Vorranggebieten in Anspruch zu nehmen, soweit das regionale Teilflächenziel auch auf andere Weise erreicht werden kann, führt zu einem angemessenen Ausgleich zwischen den Belangen der Windenergienutzung und des Landschaftsschutzes. Auch aus der Vorschrift des § 26 Absatz 3 BNatSchG folgt nichts anderes. Diese Regelung eröffnet die Möglichkeit, Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten zu errichten. Mit dieser Vorschrift wird durch den Gesetzgeber „rechtlich sichergestellt, dass auch Landschaftsschutzgebiete in angemessenem Umfang [!] in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden

können [!]. (Deutscher Bundestag Drucksache 20/2354, Seite 17)
Insbesondere soll es den betreffenden Planungsträgern dadurch ermöglicht werden, Flächen für die Windenergienutzung in dem nach Windenergieflächenbedarfsgesetz für erforderlich gehaltenen Umfang festzulegen (Deutscher Bundestag Drucksache 20/2354, Seite 24) Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft in Abschnitt IV.2.5.2 der Planbegründung vorgenommenen Einschätzungen stehen daher in Übereinstimmung mit den Absichten und Wertungen des Gesetzgebers. Es wird zudem (erneut) darauf hingewiesen, dass durch den Sachlichen Teilregionalplan, mit dem Flächen im gesetzlich erforderlichen Umfang für die Windenergienutzung festgelegt werden, andere Flächen außerhalb von Vorranggebieten weder „gesperrt“ noch „verloren“ gegeben werden. (siehe dazu auch BE 568)

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 3 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

- BE ID = 432,955,596

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 2105 / Notus Energy Development GmbH & Co KG

STRP Wind / IV.2.5.3. W 03 Waldgebiete

BE-ID: 955 4. Wälder: Die Inanspruchnahme von Wäldern zum Einbezug in die Ausweisung als Vorranggebiet für die Windenergie soll im vorliegenden Entwurf entsprechend der jeweiligen Waldfunktion erfolgen. Diese grundsätzliche Systematik ist zu begrüßen. Es wird jedoch angeregt, die Kriterien nochmals zu überprüfen. Aus Rn. 138 in Verbindung mit Tabelle 4 ergeben sich insgesamt 19 Waldkategorien, welche pauschal der Nutzung durch die Windkraft entzogen werden sollen. Waldflächen mit einer entsprechenden Funktionskartierung sollen der Windkraft generell nicht zur Verfügung stehen. Begründet wird dies mit der pauschalen Annahme, der durch die Errichtung von WEA eintretende Verlust der Funktionsfähigkeit könne nicht durch Maßnahmen an anderer Stelle kompensiert werden. U. a. wird Erholungswald der Intensitätsstufe 1 und 2 pauschal einer möglichen Nutzung durch die Windkraft entzogen. Diese pauschale Herausnahme ist nicht nachvollziehbar. Erholungswald dient, ausweislich der Broschüre des Forstes Brandenburg der Bevölkerung zur Erholung, zur Förderung der Gesundheit und des Wohlbefindens. Hierbei steht die „Aktiverholung“ insbesondere durch Joggen, Reiten und Mountainbiken im Vordergrund. Diese Formen der Aktiverholung werden regelmäßig nicht durch bestehende Windkraftanlagen beeinträchtigt. Die (teilweise) Nutzung des Waldes ist mit der jeweiligen Erholungsfunktion vereinbar. Diese Waldfunktion wird somit gerade nicht durch bestehende Windkraftanlagen beeinträchtigt. Darüber hinaus ist die relevante Waldfunktion, ebenso wie beim Schutzwald regelmäßig kompensierbar.

Die Bedenken sind unbegründet. An den in Abschnitt IV.2.5.3 der Planbegründung vorgenommen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertung wird festgehalten. Die Bewertung der „Nichtkompensierbarkeit“ von Waldfunktionen wird durch die zuständige Forstbehörde vorgenommen. Ob diese Eigenschaft beispielsweise auch bei der Waldfunktion „Erholungswald“ vorliegt, ist durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht zu entscheiden. Der Sachverhalt, dass für die Erholung im Wald das ungestörte Naturerlebnis von Bedeutung ist und auch bei den von der Stellungnehmerin benannten Freizeitaktivitäten eine Rolle spielt, spricht grundsätzlich für eine solche Bewertung. Die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, Waldflächen, für welche die benannten Waldfunktionen kartiert sind, nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen, beruht auf der Feststellung, dass sich die Errichtung von Windenergieanlagen auf diesen Waldflächen nachteilig auf die durch die Waldfunktion dargestellten Schutzgüter, Nutzungen und Belange auswirkt. Diese Waldflächen sind daher nach der Bewertung der Regionalen Planungsgemeinschaft allgemein weniger vorrangwürdig als Waldflächen, bei denen solche Funktionen nicht festgestellt wurden.

TÖB-Nr.: 2111 / Orsted Onshore Deutschland GmbH

STRP Wind / III. VRW 34 Werbig (Niederer Fläming)

BE-ID: 596 4.3 Gute wirtschaftliche Eignung: Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche bei Werbig ist hinsichtlich der Nutzung der Windenergie durch eine sehr gute Windhöufigkeit und damit auch durch eine sehr gute wirtschaftliche Eignung gekennzeichnet. Auf der vorgeschlagenen Fläche könnten zwischen 8 und 10 WEA errichtet werden und über 15.000 MWh pro WEA und Jahr produziert werden. Eine Ertragsprognose bescheinigt der Fläche durchgehend eine mittlere Windgeschwindigkeit von 6,8 m/s. Diese übersteigt vielfach das für die Festlegung von Vorranggebieten erforderliche Windpotenzial mit einer Geschwindigkeit von 3 m/s.

Die Hinweise werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen.

- BE-ID: 432 W 04 Besondere Waldfunktionen. Die generelle Festlegung von Waldgebieten mit besonderen Waldfunktionen nach der Waldfunktionskartierung (2018) als Ausschlussgebiete (weiche Tabuzone) ist abwägungsfehlerhaft. Nach unseren Erfahrungen in anderen Windenergieprojekten in Brandenburg ist uns bekannt, dass die Waldfunktionskartierung teilweise erhebliche Mängel aufweist. Die Waldfunktionskartierung muss, um abwägungserheblich zu sein, aber detailliert aufzeigen, wo Nutzungskonflikte im Vorranggebiet mit dem Windenergievorhaben vorhanden sind. Es ist daher für die von der Regionalplanung ausgeschlossenen Waldgebiete entweder im Einzelnen zu prüfen, ob die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen dem jeweiligen Schutzzweck widersprechen bzw. die Flächen tatsächlich der Einstufung in der Waldfunktionskartierung entsprechen. Darüber hinaus können eventuell noch verbleibende Gefahren für die Waldbestände oder die bodenschützende Funktion im Übrigen durch bautechnische Verfahren und/oder begleitende Maßnahmen nach dem gesicherten Stand der Technik am Anlagenstandort begegnet werden. Für die Erforderlichkeit einer Einzelprüfung der Waldgebiete spricht ebenfalls, dass nach den Ausführungen in der Planbegründung in diesen Ausschlussgebieten bereits Windenergieanlagen errichtet wurden bzw. genehmigt sind. Demnach stehen forstliche Belange der Errichtung von Windenergieanlagen in diesen Gebieten nicht entgegen und es bestand gerade kein hohes Konfliktpotenzial für die Errichtung von Windenergieanlagen hinsichtlich forstlicher und ökologischer Belange. Wir gehen davon aus, dass dies für eine Vielzahl von Waldflächen gleichfalls zutrifft. Wir fordern den Plangeber daher auf die Waldgebiete mit besonderen Waldfunktionen als Restriktionskriterium der ortsbezogenen Einzelfallbetrachtung/Abwägung zugänglich zu machen und diese nicht als weiches Tabu pauschal der Windenergienutzung zu entziehen.
- Die Bedenken sind unbegründet. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist nicht verpflichtet, zu prüfen, ob Flächen, auf die das Kriterium W 03 angewendet wird, „tatsächlich der Einstufung in der Waldfunktionskartierung entsprechen“. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft zugrunde gelegte Waldfunktionskartierung wird von den zuständigen Forstbehörden vorgenommen, denen in Bezug auf forstliche Fragen eine besondere Erfahrung zuzubilligen ist und deren Einschätzungen von besonderem Sachverstand getragen sind. (siehe Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14.06.2023 - OVG 3a A 30/23, Rn. 30) Hinsichtlich der von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorzunehmenden Bewertung der Vorrangwürdigkeit von Flächen in Bezug auf die Windenergienutzung kommt es auf die Frage, ob ein bestimmter Belang der Windenergienutzung (zwingend) entgegensteht nicht an. Im Übrigen wird an den Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen des Abschnitts IV.2.5.3 der Planbegründung festgehalten.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 3 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

• BE ID = 471,582,1541

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 2090 / Planungsbüro Petrick GmbH & Co. KG

STRP Wind / IIIa.2. Neues VRW

BE-ID: 1541 1. Der Umgang mit der Großtrappe: Der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans macht an mehreren Stellen deutlich, dass bei der Ausweisung von Windenergievorranggebieten auch vermeintliche Verbindungskorridore der in Brandenburg heimischen Großtrappe berücksichtigt wurden. Innerhalb dieser Korridore, deren Umfang und Grenzen sich aus den gem. Anlage 1 und Anlage 1.3 zum sog. AGW-Erlass ergeben, wurden mehrere Potentialflächen ausgeschieden oder zumindest nur in geringerem Umfang berücksichtigt, wie sich aus den Datenblättern zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans ergibt (so z.B. für die PF 19 Prützke, PF 28 Feldheim-Malterhausen, PF 34 Werbig, PF 45 Züllichendorf, PF 46 Ramboldtheide). Auch die hier in Rede stehenden Flächen des geplanten Windparks unserer Auftraggeberin liegen innerhalb der durch die Anlagen zum AGW-Erlass umrissenen, vermuteten Verbindungskorridore. Dieser bisherige Umgang des Planentwurfes mit der Art der Großtrappe im Hinblick auf deren angebliche Flugkorridore bedarf der dringenden Korrektur. Die Berücksichtigung solcher Verbindungskorridore ist abwägungsfehlerhaft und versperrt große Potentialflächen zu Unrecht einer möglichen Nutzung durch Windenergieanlagen. Es ist zunächst schon gar nicht nachgewiesen und in der wissenschaftlichen Literatur sehr umstritten, ob die Großtrappe die nach den Anlagen zum AGW Erlass umrissenen Verbindungskorridore überhaupt nutzt. Eine - gar bestimmten Mustern folgende - systematische Verteilung der Großtrappe ist nach aktueller Erkenntnislage nicht festzustellen. Wenn damit aber nicht klar ist, ob die Vogelart diese Korridore tatsächlich nutzt, kann eine solch unklare Sachlage keinen belastbaren Grund darstellen, um Potentialflächen von der Planung auszunehmen, die die Größe des Landes Berlin erreichen. Auch rechtliche Aspekte sprechen dagegen, die vermuteten Verbindungskorridore der Großtrappe als einschränkendes Kriterium im Rahmen der Planung zu berücksichtigen. Denn selbst wenn diese Korridore bestünden, so wären diese in rechtlicher Hinsicht nur insoweit relevant, wie mit einer Bebauung innerhalb der Korridore eine Beeinträchtigung der drei Schutzgebiete Havelländisches Luch, Fiener Bruch und Belziger Landschaftswiesen als Brutstätten der Großtrappe im Sinne des § 34 Abs. 2 BNatSchG einherginge. Eine solche mittelbare Beeinträchtigung von Schutzgebieten durch Vorhaben, die selbst nicht innerhalb des Schutzgebietes liegen, ist jedoch nach einem Beschluss des OVG Sachsen-Anhalt v. 21.03.2013 - 2 M 154/12 - bei einem Abstand des Windenergievorranggebietes von mehr als 2.000 m zum Schutzgebiet regelmäßig und von vornherein ausgeschlossen. Diese Rechtsprechung hat das OVG Sachsen-Anhalt später weiterverfolgt und bestätigt (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 - 2 L 153/13 -, Rn. 55 ff., juris). Legt man diese Feststellungen zugrunde, ist hier bei Abständen der WEA von über 2.000m zum Schutzgebiet von einer Art Beweislastumkehr auszugehen. Aus diesem Grund müsste hier zunächst eine mittelbare

Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Der Anregung, das vorgeschlagene Gebiet „Herrenhöler“ als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen, wird nicht gefolgt. Die Festlegung dieses Gebiets stünde im Widerspruch zu dem allgemeinen Planungsziel Nummer 2. (siehe Rn. 38 der Planbegründung) Die Gemeinde Bensdorf hat den Grundsatzbeschluss gefasst, die Errichtung von Windenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet nicht zu unterstützen. Nach Kenntnis der Regionalen Planungsstelle (Informationsgespräch am 21.12.2023) hält die Gemeinde an dieser Entscheidung fest. Die Festlegung der benannten Fläche ist zur Erreichung des maßgeblichen regionalen Teilflächenziels nicht erforderlich. Sollte die Gemeinde das von der Stellungnehmerin benannte Interesse an der Nutzung der Windenergie zukünftig befürworten, ist es ihr möglich, entsprechende Flächen für die Windenergienutzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung verfügbar zu machen. Hinsichtlich artenschutzrechtlicher Belange in Bezug auf die Großtrappe wird zunächst auf die weiter anzuwendenden Vorschriften nach Ziffer 4.19 der Anlage 1 des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass) hingewiesen. Ergänzend dazu werden folgende Sachverhalte und Bewertungen mitgeteilt: Der Präsident des Landesamtes für Umwelt hat die Regionale Planungsgemeinschaft mit Schreiben vom 01.11.2023 darüber informiert, dass sich im Zuge mehrjähriger Untersuchungen (Satellitentelemetrie) neue Erkenntnisse zum Verhalten der Großtrappe ergeben hätten. Vor dem Hintergrund dieser neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse würden nach Einschätzung des Landesamtes für Umwelt die Flugkorridore der Großtrappe der Ausweisung von Vorranggebieten im Bereich von vier anhängigen Genehmigungsverfahren – darunter auch das

Beeinträchtigung eines der Vogelschutzgebiete nachgewiesen werden. Eine solche Beeinträchtigung liegt aber insbesondere auch nicht in Form einer Barrierewirkung der geplanten WEA vor. Eine solche Wirkung auf die Großtrappe ist für das Gebiet unserer Auftraggeber bisher schon nicht nachgewiesen. Zudem wäre darüber hinaus auch erforderlich, dass diese Barrierewirkung das Erreichen der Schutzgebiete der Großtrappe nicht nur erschwert, sondern tatsächlich unmöglich macht (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 - 2 L 153/13 -, Rn. 52, juris). Auch hierfür fehlt es jedoch an Anhaltspunkten. Ohne Anhaltspunkte für eine solche mittelbare Beeinträchtigung wäre ein Ausschluss des Gebietes unserer Auftraggeber jedoch ohne Rechtfertigung und unverhältnismäßig.

Verfahren zur Errichtung von 12 Windenergieanlagen „Windpark Herrenhölzer“ mit der LfU-Reg.-Nr. 079.00.00/11 - nicht mehr entgegenstehen. Weiter teilt der Präsident des Landesamtes für Umwelt im gleichen Schreiben mit, dass die vorstehende Bewertung nur für die vier benannten Fälle zutrefte. Inwieweit darüber hinaus das Schutzkonzept für die Großtrappe anzupassen sei, werde „im Rahmen der fortdauernden Untersuchungen und weiteren Auswertung“ ermittelt. Zu diesen Mitteilungen trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die betreffenden (vier) Flächen werden unter Berücksichtigung der Kriterien des Planungskonzepts nicht als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt. Für das Gebiet „Herrenhölzer“ sind die zuvor benannten Sachverhalte und Bewertungen maßgeblich. Für die Entscheidung, die (vier) betreffenden Gebiete nicht in den Sachlichen Teilregionalplan 2027 aufzunehmen sprechen weiter die nachfolgenden Einschätzung: Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz wird das Schutzkonzept für die Großtrappe voraussichtlich demnächst an die neuen Erkenntnisse anpassen. In welcher Weise dies erfolgen wird, kann durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht vorhergesehen werden. Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft sind weitere Entscheidungen im Interesse der Gewährleistung einer ausgewogenen gesamträumlichen Planung (allgemeines Planungsziel Nummer 3, Rn. 39 der Planbegründung) nur auf der Grundlage der Kenntnis des geänderten Schutzkonzeptes für die Großtrappe möglich.

BE-ID: 582 3.2.2.2 Zu restriktiver Umgang mit den neuen Möglichkeiten des besonderen Artenschutzrechts, insbesondere § 45b BNatSchG: Die bisherige Planung erkennt die rechtlichen Vorgaben und Möglichkeiten der Realisierung von WEA insbesondere in Bezug auf die neuen Vorschriften des § 45b BNatSchG und § 45c BNatSchG. Sie nimmt Flächen von der Festlegung als Vorranggebiete für die Windenergienutzung aus, für die nach neuem Recht dafür überhaupt keine Grundlage besteht. Soweit insbesondere der zentrale Prüfbereich des § 45b Abs. 3 BNatSchG nach der bisherigen Planbegründung "allgemein nicht für die Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen" sein soll, erschließt sich dies nicht. Es ist schon deshalb abwägungsfehlerhaft, weil es nicht geboten ist, einen Prozess von so großer Dynamik und Wechselhaftigkeit wie die Horstbesiedlung im Naturraum an einem Zeitpunkt „einzufrieren“ und sodann zur Grundlage für eine mehrere Jahre gültige Planung zu machen. Darüber hinaus erkennt diese Planung auch, dass regelmäßig auch im zentralen Prüfbereich der Nachweis entweder durch HPA oder RNA oder durch entsprechende Maßnahmen gelingt, dass kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko besteht. Nichts anderes gilt im Ergebnis für die Herausnahme des Nahbereiches mit Blick auf die Ausnahmemöglichkeit des § 45b

Die Bedenken sind unbegründet. An den in Abschnitt 2.6.2 der Planbegründung (insbesondere Rn. 156) vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen wird festgehalten. Die Regionale Planungsgemeinschaft verfolgt das allgemeine Planungsziel Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festzulegen, für die festgestellt werden kann, dass ein möglichst geringes Konfliktpotenzial mit anderen Nutzungen besteht und möglichst geringe Beeinträchtigungen anderer Belange und Schutzgüter bewirkt werden. (siehe Abschnitt IV.2.1 Nummer 1 der Planbegründung, insbesondere Rn. 37) Flächen, für die nach § 45b BNatSchG vom Bundesgesetzgeber festgestellt wurde, dass in der Regel ein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko für die den Brutplatz nutzenden

Stellungnahme

BNatSchG i. V. m. § 45 Abs. 7 BNatSchG.

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

kollisionsgefährdeten Vögel gegeben ist, können grundsätzlich nicht als konfliktarm bewertet werden. Der Sachverhalt, dass der Gesetzgeber geregelt hat, dass im Einzelfall festgestellt werden kann, dass das allgemein gegebene signifikant erhöhte Tötungs- und Verletzungsrisiko aufgrund von Habitatpotenzialanalysen widerlegt ist oder nach Durchführung anerkannter Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert wird, führt zu keiner anderen Bewertung. An der Feststellung, dass die vom Gesetzgeber geforderten Nachweise von der Regionalen Planungsgemeinschaft im Rahmen der Ausarbeitung des Sachlichen Teilregionalplans nur in Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden können, ist in Übereinstimmung mit den dazu vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz erteilten Hinweisen festzuhalten. Abweichende Entscheidungen werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Grundlage der Bewertungen der zuständigen Naturschutzbehörde getroffen. Auf diese Weise wird dazu beigetragen, dass in den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren festgestellt werden kann, dass in den Vorranggebieten Belange des Artenschutzes nicht maßgeblich betroffen sind und daher Genehmigungen für die Errichtung von Windenergieanlagen in kürzerer Frist erteilt werden können. Die auf diese Weise festgelegten Flächen zeichnen sich im Vergleich mit Flächen, für welche die Regionale Planungsgemeinschaft diese Feststellung nicht treffen kann, als vorrangwürdig aus. Die Auswirkungen der vom Stellungnehmer angeführte „großen Dynamik und Wechselhaftigkeit“ der „Horstbesiedlung“ können nicht vorhergesehen werden und daher bei der Planaufstellung auch keine Berücksichtigung finden. Grundlage der Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft ist die sachgerechte Würdigung der zum Zeitpunkt der Planaufstellung bekannten Sachverhalte. Die Bedenken hinsichtlich des „Einfrierens“ des gegenwärtig bekannten Zustands sind unbegründet, da die Errichtung von Windenergieanlagen auch außerhalb der im Sachlichen Teilregionalplan festgelegten Vorranggebiete zugelassen werden kann. Die Ausnahmemöglichkeiten nach § 45 Absatz 7 BNatSchG werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft berücksichtigt. (siehe dazu Rn. 159 und 160 der Planbegründung)

TÖB-Nr.: 2114 / 3U Energy PE GmbH

STRP Wind / IV.2.6.2. B 02 Artenschutzrechtliche Belange

BE-ID: 471 III. Tierökologische Abstandskriterien: Der Entwurf des Teilregionalplans weicht in seinen Kriterien und Vorgaben erheblich von den Regelungen des § 45b BNatSchG und des § 45c BNatSchG ab. Diese schränken die artenschutzrechtlichen Aspekte, die der Errichtung von Windenergieanlagen entgegenstehen ein. Indem die Regionale Planungsgemeinschaft von diesen Vorgaben abweicht, werden Flächen von der Festlegung als Vorranggebiete für die Windenergienutzung ausgenommen, ohne dass dafür nach aktuellem Naturschutzrecht eine Grundlage besteht. Jedenfalls bedürften solche Festlegungen einer näheren und wissenschaftlich fundierten Begründung. Dies ist z.B. nicht der Fall für die Festlegung, dass zentrale Prüfbereiche nach § 45b Abs. 3 BNatSchG „allgemein nicht für die Festlegung als Vorranggebiet in Betracht zu ziehen“ sein sollen. Angesichts der Änderungen in der Nutzung von potenziellen Habitaten etc. erscheint es auch fraglich, bestimmte, zum Teil nicht vollständig aktuelle Erhebungen oder Feststellungen zu Grund zu legen, ohne nähere Prüfung von Veränderungen. Die Festlegung von Abständen zu besetzten, und erst recht zu vor einigen Jahren besetzten Horsten etc., ist wissenschaftlich umstritten. Erforderliche Abstände hängen nicht zuletzt von der betreffenden Art ab, von möglichen Vermeidungsmaßnahmen wie Abschaltungen etc. Ferner ist zu berücksichtigen, dass nach der Rechtsprechung nicht gefordert werden kann, dass jedes Tötungsrisiko ausgeschlossen wird. Vielmehr bedarf es auch insoweit einer Einzelfallbetrachtung. Soweit in dem Entwurf des Teilregionalplans der Schutz der Großtrappe angestrebt wird, mangelt es an ausreichender wissenschaftlicher Basis für die tatsächliche Existenz und Nutzung der angenommenen Verbindungskorridore der Großtrappe. Mangels entsprechender Nachweise kann dies nicht zur Grundlage des Ausschlusses verschiedener Gebiete als potenzielle Vorranggebiete herangezogen werden.

Die Bedenken sind unbegründet. An den in Abschnitt 2.6.2 der Planbegründung (insbesondere Rn. 156) vorgenommenen Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen wird festgehalten. Die Regionale Planungsgemeinschaft verfolgt das allgemeine Planungsziel Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festzulegen, für die festgestellt werden kann, dass ein möglichst geringes Konfliktpotenzial mit anderen Nutzungen besteht und möglichst geringe Beeinträchtigungen anderer Belange und Schutzgüter bewirkt werden. (siehe Abschnitt IV.2.1 Nummer 1 der Planbegründung, insbesondere Rn. 37) Flächen, für die nach § 45b BNatSchG vom Bundesgesetzgeber festgestellt wurde, dass in der Regel ein signifikant erhöhtes Tötungs- und Verletzungsrisiko für die den Brutplatz nutzenden kollisionsgefährdeten Vögel gegeben ist, können grundsätzlich nicht als konfliktarm bewertet werden. Der Sachverhalt, dass der Gesetzgeber geregelt hat, dass im Einzelfall festgestellt werden kann, dass das allgemein gegebene signifikant erhöhte Tötungs- und Verletzungsrisiko aufgrund von Habitatpotenzialanalysen widerlegt ist oder nach Durchführung anerkannter Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert wird, führt zu keiner anderen Bewertung. An der Feststellung, dass die vom Gesetzgeber geforderten Nachweise von der Regionalen Planungsgemeinschaft im Rahmen der Ausarbeitung des Sachlichen Teilregionalplans nur in Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden können, ist in Übereinstimmung mit den dazu vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz erteilten Hinweisen festzuhalten. Abweichende Entscheidungen werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Grundlage der Bewertungen der zuständigen Naturschutzbehörde getroffen. Auf diese Weise wird dazu beigetragen, dass in den immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren festgestellt werden kann, dass in den Vorranggebieten Belange des Artenschutzes nicht maßgeblich betroffen sind und daher Genehmigungen für die Errichtung von Windenergieanlagen in kürzerer Frist erteilt werden können. Die auf diese Weise festgelegten Flächen zeichnen sich im Vergleich mit Flächen, für welche die Regionale Planungsgemeinschaft diese Feststellung nicht treffen kann, als vorrangwürdig aus. Hinsichtlich der (angenommenen) unvollständigen Ermittlung der artenschutzrechtlich relevanten Sachverhalte wird Folgendes festgestellt: Grundlage der Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft ist die sachgerechte Würdigung der zum Zeitpunkt der Planaufstellung bekannten Sachverhalte. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist nicht verpflichtet, diesbezüglich eigene

Ermittlungen anzustellen. Vielmehr darf die Regionale Planungsgemeinschaft grundsätzlich auf die vom Landesamt für Umwelt mitgeteilten Daten vertrauen. (siehe Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Urteil vom 23.05.2019 – OVG 2 A 4.19, Rn. 123) Die Ausnahmemöglichkeiten nach § 45 Absatz 7 BNatSchG werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft berücksichtigt. (siehe dazu Rn. 159 und 160 der Planbegründung) Hinsichtlich artenschutzrechtlicher Belange in Bezug auf die Großtrappe wird auf die anzuwendenden Vorschriften nach Ziffer 4.19 der Anlage 1 des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass) hingewiesen.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 4 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

• BE ID = 290,592,1160,1196

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 140 / Deutsche Bahn AG

STRP Wind / IV.2.6.26. B 26 Verkehrswege

BE-ID: 290 Da durch das Verfahren planfestgestellten und gewidmeten Bahnflächen sowie Betriebsanlagen der Eisenbahn berührt werden, bitten wir Sie, folgende Stellungnahme in Ihrem weiteren Verfahren zu beachten bzw. mit einzubeziehen. Bei den Flächen der DB AG handelt es sich um gewidmete Eisenbahnbetriebsanlagen, die dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Änderungen an Eisenbahnbetriebsanlagen unterliegen demnach dem Genehmigungsvorbehalt des EBA (§ 23 Absatz 1 AEG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 2 BEVVG i.V.m. § 18 AEG). Die Überplanung von Bahngrund durch eine andere Fachplanung ist bis zu einer Freistellung der Fläche von Bahnflächen durch das EBA unzulässig (BVerwG, Urteil vom 12.03.2008, Az. 9 A3.06). Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass auch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) im Rahmen der Fachanhörung direkt am Verfahren zu beteiligen ist. Haben die Planungen Auswirkungen auf die Gesamtsicherheit der Eisenbahnbetriebsanlagen, so ist in jedem Fall die Genehmigung des EBA (§ 4 AEG) einzuholen (siehe auch EBA-Verfügung vom 17.09.2008, VMS-Nr. 256035). Da durch bzw. angrenzend zu geplanten Eignungsgebieten für die Windenergienutzung aktive Bahnstrecken verlaufen sind folgende Punkte zwingend zu berücksichtigen. Wir verweisen auf die Abstandsregelungen des EBA zwischen Windenergieanlagen und Betriebsanlagen der Eisenbahn des Bundes. Diese wurde in die Ausgabe 2019/1 der "Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen" (EiTB) unter Kapitel 2.7 Anlage A 1.2.8/6 mit aufgenommen. Hierzu heißt es, bei der Festlegung/ Festsetzung von Vorranggebieten / Konzentrationszonen/ Standorten für Windenergieanlagen (WEA) sind folgende Punkte zu beachten: - Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG). - Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfs und für den Ausschluss von Störpotentialen, dem sog. Stroboskopeffekt, dringend geschützt werden. - Um dies zu gewährleisten, müssen WEA gemäß „Eisenbahnspezifische Technische Baubestimmungen" (EiTB) Kapitel 2.7 Anlage A 1. 2.8 ./6 einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) Abstand zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen. - Für Freileitungen aller Spannungsebenen, z.B. 110 kV-Bahnstromleitungen der DB Energie GmbH und 15 kV-Speiseleitungen an den elektrifizierten Bahnstrecken der DB Netz AG etc., gelten die Abstandsregelungen in DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-03):2011-01. - Die folgende Grafik verdeutlicht die textliche Beschreibung der Norm: (Grafik)

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Unter Berücksichtigung dieser Hinweise kann an den in Rn. 259 der Planbegründung dargestellten Bewertungen festgehalten werden, dass die Berücksichtigung eines Mindestabstands zu Schienenwegen von 240 m angemessen und gerechtfertigt ist. In Ziffer 2 der Anlage A 1.2.8/6 zur EiTB ist folgendes ausgesagt: „Abstände zu Verkehrswegen und Gebäuden sind unbeschadet der Anforderungen aus anderen Rechtsbereichen wegen der Gefahr des Eisabwurfs (Windenergieanlage in Betrieb) und des Eisfalls (Windenergieanlage im Stillstand) einzuhalten, soweit eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht auszuschließen ist. Abstände, gemessen von der Turmachse, größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen als ausreichend. In anderen Fällen ist die Stellungnahme eines Sachverständigen erforderlich.“ Die Anwendung dieser Regelung führt zu dem Ergebnis, dass die zwischen Windenergieanlagen und Schienenverkehrswegen einzuhaltenden Abstände in der Regel auf der Grundlage von Stellungnahmen eines Sachverständigen im Einzelfall zu ermitteln sind. Auf dieser Grundlage ergeben sich aus der Mitteilung des Stellungnehmers keine Anhaltspunkte dafür, dass die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommene Bemessung eines vorsorgenden Mindestabstands zu korrigieren wäre. Ein Hinweis auf die EiTB mit Stand Januar 2023 wird in der Planbegründung ergänzt. Ergänzend wird auf folgenden Sachverhalt hingewiesen: Nach dem Gutachten „Windenergieanlagen in der Nähe von Schutzobjekten - Bestimmung von Mindestabständen" der Veenker GmbH vom 11.12.2014 wird nach ingenieurtechnischen Bewertungen für eine Windenergieanlage mit (etwa) den Parametern der Referenzanlage

eine Mindestabstandsanforderung zu Bahnstrecken von 175 m angegeben. (Anlage A 23, Mindestabstände zu Bahnstrecken) Der von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorsorgend angewendete Mindestabstand ist auch unter (ergänzender) Berücksichtigung dieser Bewertung angemessen und gerechtfertigt.

TÖB-Nr.: 2061 / Die Autobahn GmbH des Bundes, NL Nordost

STRP Wind / IV.2.6.26. B 26 Verkehrswege

BE-ID: 1160 Der Teilregionalplanentwurf Windenergienutzung 2027 beinhaltet Festlegungen zu Flächennutzungen, bei denen sich Berührungspunkte zu den anbaurechtlichen Regelungen des FStrG ergeben. Grundsätzlich gelten für die Bebauung und Nutzung von Flächen in Autobahnnähe gemäß § 9 Abs. 1 und 2 FStrG, dass die Errichtung von Hochbauten jeder Art bis 40,0 m neben Bundesautobahnen, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, untersagt (Anbauverbotszone) sowie die Errichtung, Änderung oder veränderte Nutzung von baulichen Anlagen bis jeweils 100,0 m neben Bundesautobahnen zustimmungspflichtig (Anbaubeschränkungszone) ist. Vor diesem Hintergrund sind großflächige Windeignungsgebiete problematisch, die Verkehrsflächen der Autobahnen tangieren oder diese Gebiete von den Autobahntrassen durchschnitten werden. Infolgedessen sind straßenrechtliche und betriebsdienstliche Berührungspunkte von diesen Gebietsausweisungen zu Autobahnen zu erwarten. Bereits im Regionalplan „Havelland-Fläming 3.0“ wurden Vorranggebiete für die Windenergienutzung ausgewiesen. Diesbezüglich unverändert werden folgende Windeignungsgebiete (WEG) im vorliegenden Teilregionalplan von Autobahnverkehrsflächen tangiert oder durchschnitten: - WEG 5 „Ferch“ (A 10), - WEG 16 „Reesdorf“ (A 9), - WEG 33 „Deutsch Bork - Schlalach“ (A 9). Konkrete straßenrechtliche Schutzabstände von WEG zu Verkehrsflächen der Autobahn sind im Regionalplanentwurf nicht aufgeführt. In den Randnummern 261, 262 werden sie allgemein für erforderlich erachtet und auf eine Einzelfallprüfung verwiesen. Dies war in der Vergangenheit nicht zielführend, da oft die Berücksichtigung öffentlicher Belange der Autobahn im Genehmigungsverfahren nicht oder nicht ausreichend stattfand. Der öffentliche Belang der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs wird bei der Errichtung von Windkraftanlagen (WKA) in Autobahnnähe regelmäßig beeinträchtigt, sofern die Autobahntrassen durch den Wirkungsbereich der WKA verlaufen. Neue WKA werden bei zunehmender Höhe in immer geringerem Abstand zu Autobahnen geplant. Dadurch wird die Verkehrssicherheit durch die von den WKA ausgehenden Gefahren (Ablenkung der Verkehrsteilnehmer, Eisabwurf, Schattenschlag, Ölverspritzungen, Blendgefahr usw.) in nicht hinzunehmender Weise beeinträchtigt. Besonders Drehbewegungen der Rotorblätter in unmittelbarer Nähe zur Autobahn können eine ablenkende und somit verkehrsgefährdende Wirkung erzielen, da sie den Blick des Betrachters generell auf sich ziehen (Entscheidung des OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 16.06.2005 - 2 L 533/02). Ablenkungen der Verkehrsteilnehmer bergen stets die Gefahr der Verursachung von Verkehrsunfällen mit hohem Personen- und/oder Sachschaden in sich. Daher ist dem Schutzgut Leben und Gesundheit der Verkehrsteilnehmer und ihrer Sachwerte höchste Priorität einzuräumen. Vor diesem Hintergrund müssen die Belange der Verkehrssicherheit beim Neubau und dem Repowering von Windenergieanlagen bereits bei der Ausweisung von Vorranggebieten in den Regionalplänen ausreichend berücksichtigt werden, um straßenverkehrsgefährdende Situationen für den fließenden Verkehr insbesondere auf Autobahnen, die der höchsten Straßenkategorie angehören und das Rückgrat des Straßennetzes bilden, auszuschließen. In diesem Zusammenhang ist aus Sicht der Autobahnverwaltung bereits auf der Regionalplanebene eine zweckmäßige Festlegung zu einem konkreten Schutzabstand zwischen WKA und

Die Hinweise zu den Abstandsregelungen des Bundesfernstraßengesetzes und zur Verkehrssicherheit werden zur Kenntnis genommen, bewirken jedoch keine Planänderung. Die in den Rn. 261 und 262 der Planbegründung benannten Abstandserfordernisse wurden im Einzelfall geprüft und bei der Abgrenzung der Vorranggebiete berücksichtigt. An den in Abschnitt IV.2.6.26 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen wird festgehalten. Der Sachverhalt, dass die Stellungnehmerin eine unzureichende Berücksichtigung der durch sie zu vertretenden öffentlichen Belange in (Anlage-)Genehmigungsverfahren bemängelt, führt zu keiner anderen Entscheidung. Die in der Stellungnahme genannte "bereits auf der Regionalplanebene ... zweckmäßige Festlegung zu einem konkreten Schutzabstand zwischen WKA und Autobahnverkehrsflächen (z.B. Gefahrenradius = $1,5 \times [\text{Nabenhöhe} + \text{Rotordurchmesser}]$ " bezieht sich in den zitierten Gerichtsurteilen auf Klagen gegen die Baugenehmigung für Windenergieanlagen aufgrund einer befürchteten Eiswurfgefahr. (OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 19.01.2006, Aktenzeichen 1 A 10845/05 und OVG Sachsen-Anhalt, Urteil vom 09.02.2006, Aktenzeichen 2 M 71/05) Das in dem Urteil des OVG Sachsen-Anhalt zitierte Gutachten des EU-Forschungsprojekts „Wind Energy Production in Cold climates“ empfiehlt an Binnenlandstandorten mit erhöhter Vereisungsgefahr einen Abstand von $1,5 \times [\text{Nabenhöhe} + \text{Rotordurchmesser}]$ zur Vermeidung von Eisabwurf, wenn keine entsprechenden anderen Vermeidungsmaßnahmen getroffen werden. Es wird weiter ausgeführt, dass es grundsätzlich möglich ist die Eiswurfgefahr in dem kritischen Bereich von $1,5 \times [\text{Nabenhöhe} + \text{Rotordurchmesser}]$ durch eine automatische Erkennung von Vereisungssituationen zu minimieren. In beiden Urteilen wird die Rechtsauffassung vertreten, dass die Baugenehmigungsbehörde im eigenen Ermessen zu prüfen hat, ob technische Vorkehrungen gegen Eisabwurf genügen oder zusätzliche Maßnahmen getroffen bzw. zusätzliche betriebliche Auflagen erfüllt werden müssen. Die erforderlichen

Autobahnverkehrsflächen (z. B. Gefahrenradius= $1,5 \times [\text{Nabenhöhe} + \text{Rotordurchmesser}]$ gemäß OVG Koblenz, NVwZ-RR 2006, 768 bzw. OVG Magdeburg, Beschl. v. 09.02.2006 - 2 M 71/05, BeckRS 2008, 33 042) als Mindestabstand festzulegen und explizit in der Begründung zum Regionalplan zu benennen. Nach unseren Einschätzungen können aufgrund eines besonderen Näheverhältnisses zur Autobahn innerhalb des Gefahrenradius der WKA insbesondere das Risiko von Rotorblattbruch und Turmbruch (Bauteilversagen) relevant sein. Bezüglich dieser Risiken ist eine Beurteilung einer Risikovermeidung bereits auf Regionalplanungsebene vorzunehmen. Kontroll- und Schutzsysteme oder Betriebstechnologien an WKA, die einen potenziellen Bruch rechtzeitig erkennen lassen und damit die Anlagen zum Stillstand bringen, ohne dass Gefährdungen für Autobahnbenutzer entstehen, sind bislang nicht bekannt. Daher kann voraussichtlich nur durch die Einhaltung der Kipphöhe der Anlage als Abstand zum Fahrbahnrand der Autobahn davon ausgegangen werden, dass den aufgezeigten Risiken begegnet werden kann. Die Ausweisung von Windeignungsgebieten hat diesem Grundsatz zu folgen. Die verkehrliche Erschließung aller ausgewiesenen Vorranggebiete hat aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ausschließlich über das der Autobahn nachgeordnete Straßennetz zu erfolgen. Dies gilt insbesondere für Transporte jeglicher Art in der Bauphase. Bereits im Rahmen der Regionalplanung muss dieser Sachverhalt Beachtung finden.

Maßnahmen seien dabei konkret zu benennen. In den beiden Fällen habe die zuständige Baugenehmigungsbehörde diesen Anforderungen nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Urteile können nicht ohne Weiteres auf die Regionalplanebene übertragen werden, da die Standorte zukünftiger Windenergieanlagen der Regionalplanung nicht bekannt sind. Zudem entscheidet das zuständige Landesamt für Umwelt im konkreten Einzelfall über die Genehmigung von Windenergieanlagen und eventuellen Nebenbestimmungen, die unter anderem die Sicherheit beim Anlagenbetrieb gewährleisten. In der Stellungnahme wird weiter auf das Risiko von Rotorblattbruch und Turmbruch hingewiesen, welches bereits auf Regionalplanebene berücksichtigt werden soll. Da, wie die Stellungnehmerin mitteilt, keine geeigneten Kontroll- oder Schutzsysteme an Windenergieanlagen gegen potenziellen Bruch von Anlagenteilen bekannt sind, wird von ihr ein Schutzabstand zum Fahrbahnrand von einer Kipphöhe der Windenergieanlage angeregt. Die Regionale Planungsgemeinschaft vertritt dazu die Einschätzung, dass die Berücksichtigung von Mindestabständen im Sachlichen Teilregionalplan an den gesetzlichen Vorschriften auszurichten ist. In der Begründung des Entwurfs des Sachlichen Teilregionalplans werden die Schutzabstände nach § 9 Abs. 1 FStrG von 40 Metern bei Bundesautobahnen bzw. 20 Metern bei Bundesstraßen konkret benannt und bei der Festlegung der Windenergiegebiete entsprechend berücksichtigt. Auch wird im Planungskonzept benannt, dass es nach § 9 Abs. 2 FStrG für Baugenehmigungen oder andere Zulassungen baulicher Anlagen der Zustimmung des Fernstraßen-Bundesamtes bedarf, wenn bauliche Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m und längs der Bundesstraßen bis zu 40 Metern errichtet, erheblich geändert oder anders genutzt werden sollen. (Rn. 256 f.) Aufgrund der räumlichen Nähe des WEG 16 zur Autobahn A 9 wurde die östliche Gebietsabgrenzung der Potenzialfläche entsprechend des erforderlichen straßenrechtlichen Schutzabstands angepasst. Die VRW 5 und 33 werden durch die A 10 bzw. A 9 durchschnitten. An Sachverhaltsdarstellungen und Bewertungen nach Rn. 262 der Planbegründung wird festgehalten. Siehe dazu auch BE 1196. Die Einhaltung der Schutzabstände bei der Errichtung von Windenergieanlagen sowie weitere risikomindernde Maßnahmen sind in nachgeordneten Planungsebenen zu beachten. Die konkreten Standorte und Anlagenspezifikationen von Windenergieanlagen sind nicht Regulationsgegenstand der Regionalplanung.

BE-ID: 1196 2. Hinweise zu Planungskriterien: 2.1. Aussparung von Anbauverbotszonen (Ergänzung von Kriterium in I.V. 2.4). Der sich parallel in Aufstellung befindliche Integrierte Regionalplan der Region Uckermark-Barnim (IRP U-B) stellt richtigerweise fest, dass die Errichtung von Windenergieanlagen auf Straßen, Eisenbahntrassen, Wasserstraßen, Strom- und Gasleitungen rechtlich ausgeschlossen ist und daneben weitere Bebauungsverbotszonen existieren. Konsequenterweise werden diese Anbauverbotszonen im IRP U-B nicht als VRW für die Windenergie ausgewiesen. Im Entwurf des STRP Wind H-F werden im Gegensatz dazu solche Fläche als VRW festgesetzt, sofern die Breite des Abstandsbereichs 640 m nicht übertrifft. Begründet wird diese Vorgehensweise mit der Annahme, dass zwischen modernen benachbarten Windenergieanlagen regelmäßig ein Abstand von drei bis fünf Rotordurchmessern einzuhalten ist. Dies ist mitnichten so. Standardmäßig wird stattdessen heutzutage rund um den Turmmittelpunkt nur ein Abstand in Höhe des 2,5 fachen Rotordurchmessers angesetzt. Nach genauer Prüfung der Standsicherheit sind auch noch geringere Abstände genehmigungsfähig. Zuletzt wurden beispielsweise in der Gemarkung Schlenzer zwei WEA vom Typ Vestas V-162 in einem Abstand von ca. 375m genehmigt, was etwa dem 2,3 fachen Rotordurchmesser entspricht. Weiterhin sind bei der Positionierung von Windenergieanlagen in einer gegebenen Fläche viele weitere Belange (Biotope, Schutzabstände nach AGW Erlass etc.) in Einklang zu bringen. Keinesfalls kann daher davon ausgegangen werden, dass bei Vorliegen von Anbauverbotszonen, die selbe Anzahl von WEA in einer gegebenen Fläche errichtet werden kann, wie bei nicht Vorhandensein solcher Zonen. Im Entwurf sind ca. 788 ha der als VRW geplanten Fläche innerhalb von Anbauverbotszonen. Zieht man diese Flächen von der insgesamt als VRW vorgesehenen Flächen ab, kommt man nur noch auf 11.808 ha (1,73% der Regionsfläche) und rutscht damit unter das für 2027 zur erreichende Flächenziel. Wir raten daher dringend dazu diese Bereiche bei der Ausweisung von VRW auszusparen und an anderer Stelle zusätzliche Flächen auszuweisen um weiterhin die vorgegebenen Flächenziele zu erreichen.

Die Bedenken sind unbegründet. Die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommenen Bewertungen beruhen auf begründeten Annahmen zur „Bebauungsdichte“ von Windenergiegebieten, die ausweislich der benannten Quelle (Quellenverzeichnis Nr. 35) auch in wissenschaftlichen Untersuchungen angewendet werden. Ein zwischen zwei Windenergieanlagen regelmäßig einzuhaltender Abstand von 4 Rotordurchmessern kann von der Regionalen Planungsstelle zudem durch eigene Ermittlungen bestätigt werden. Auf der Grundlage der Geodaten von 793 in der Region Havelland-Fläming errichteten Windenergieanlagen hat die Regionale Planungsstelle festgestellt, dass der durchschnittliche Abstand einer Windenergieanlage zur jeweils nächstgelegenen Anlage dem 3,9-Fachen des Rotordurchmessers der jeweiligen Anlage entspricht. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass in Bezug auf Gas- und Freileitungen sowie Schienenverkehrswege keine „Anbauverbote“ bestehen. In diesen Fällen kommen technische Regelwerke zur Anwendung, die Einzelfallentscheidungen auf der Grundlage von Gutachten zulassen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und des Landes, die in der Planbegründung benannt werden (Rn. 258, 257), sind nach Maßgabe der Parameter einer Referenzanlage zwischen dem Mastfuß einer Windenergieanlage und dem Fahrbahnrand von Autobahnen bzw. Bundes-, Landes- und Kreisstraßen Abstände von 120 bzw. 100 Metern einzuhalten. Daraus ergeben sich entlang dieser Straßen „Freihaltebereiche“ von 240 bzw. 200 Metern Breite. Diese Werte liegen deutlich unterhalb des von der Stellungnehmerin beispielhaft angegebenen Mindestabstands zwischen benachbarten Windenergieanlagen von 375 Metern (2,3 Rotordurchmesser). Die von der Stellungnehmerin getroffene Annahme, die von der Regionalen Planungsgemeinschaft vorgenommenen Einschätzungen und Bewertungen hätten einen nachteiligen Einfluss auf die Anzahl der innerhalb der betreffenden Vorranggebiete zu errichtenden Windenergieanlagen, ist daher unbegründet. Mögliche (optimale) Konfigurationen von Windenergieanlagen innerhalb eines Vorranggebiets lassen sich auf der Ebene der Regionalplanung nicht vorhersehen und sind auch der Stellungnehmerin nicht bekannt. Da die genauen Abstandserfordernisse erst im konkreten Einzelfall ermittelt werden können, kann es sich für die Anordnung einer größeren Anzahl von Windenergieanlagen auch als Vorteil erweisen, dass die

Vorranggebiete nicht durch Abstandskorridore unterbrochen werden.

TÖB-Nr.: 2110 / Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Landesverband Berlin/Brandenburg

STRP Wind / IV.2.6.26. B 26 Verkehrswege

BE-ID: 592 3.2.4 Zum Umgang mit Infrastrukturtrassen: Es ist im Hinblick auf Kriterium B 26 zu berücksichtigen, dass in jenen Fällen, in denen Vorranggebiete von Verkehrstrassen mit Anbauverbots-/Anbaubeschränkungszonen durchzogen und die Flächen innerhalb dieser Zonen als Vorranggebiet festgelegt werden, aufgrund dieser Zonen und des damit einhergehenden geringeren Platzangebotes trotz ihrer Festlegung als Vorranggebiet letztendlich im Gebiet nicht stets dieselbe Zahl WEA errichtet werden kann, wie wenn die Fläche nicht von solchen Verkehrsinfrastrukturen durchzogen wäre. Dies ist bei der Erreichung der Flächenwerte als offensichtlicher Faktor zu berücksichtigen und führt dazu, dass dementsprechend ein größerer zusätzlicher Puffer durch Festlegung vergrößerter Flächen andernorts vorzusehen ist - ähnlich, wie dies hinsichtlich der Rotor-In/Rotor-Out-Unterschiede gilt.

Die Bedenken sind unbegründet. An den in Rn. 262 vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen wird festgehalten. Die Behauptung des Stellungnehmers, dass innerhalb der betreffenden Vorranggebiete „letztendlich nicht stets dieselbe Zahl WEA errichtet werden kann, wie wenn die Fläche nicht von solchen Verkehrsinfrastrukturen durchzogen wäre“ ist unhaltbar. Welche Anzahl von Windenergieanlagen innerhalb eines Vorranggebiets errichtet werden kann oder letztlich errichtet wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. So haben beispielsweise die Aufteilung der Fläche in Grundstücke und die Entscheidungen der Grundstückseigentümer über vertragliche Bindungen erheblichen Einfluss darauf, wie Windenergieanlagen innerhalb eines Vorranggebiets positioniert werden können. Ein weiterer wesentlicher Faktor sind die Erschließungsmöglichkeiten und die von der Regionalen Planungsgemeinschaft in den Blick genommenen, aus technischen Gründen notwendigen Mindestabstände zwischen den Windenergieanlagen. Mögliche (optimale) Konfigurationen von Windenergieanlagen innerhalb eines Vorranggebiets lassen sich auf der Ebene der Regionalplanung nicht vorhersehen und sind auch dem Stellungnehmer nicht bekannt. Da die genauen Abstandserfordernisse erst im konkreten Einzelfall ermittelt werden können, kann es sich für die Anordnung einer größeren Anzahl von Windenergieanlagen auch als Vorteil erweisen, dass die Vorranggebiete nicht durch Abstandskorridore unterbrochen werden.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 2 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

- BE ID = 433,469

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 2114 / 3U Energy PE GmbH

STRP Wind / IV.2.6.30. B 30 5-km-Abstand zwischen VRW

BE-ID: 469 II. Kriterium des Abstands von 5.000 m zwischen Vorranggebieten und sonstige Vorgaben für Vorranggebiete.
1. Die Festlegung eines Abstands von 5 km zwischen Vorranggebieten mit der Begründung, ein solcher Mindestabstand vermeide eine Überfrachtung und Überformung von Landschaftsräumen und in keinem Landschaftsraum der Region entstehe der Eindruck, dass WEA zum prägenden Landschaftselement geworden seien und das Landschaftsbild dominierten, ist abwägungsfehlerhaft. Das LEP und der Windenergieerlass enthalten keine Vorgaben zur Festlegung eines Mindestabstandes zwischen Eignungsgebieten. Der angeführte Grund für den Mindestabstand, dass ausreichend Freiraum zwischen den Windparks bestehen soll, rechtfertigt den vorgesehenen Abstand von 5 km nicht. Die Begründung des Teilregionalplans setzt sich nicht mit der Frage auseinander, ob der Effekt, dass verschiedene Windparks dem Betrachter nicht als ein zusammenhängender Windpark erscheinen, bereits bei deutlich geringeren Abständen zwischen verschiedenen Windparks eintritt. Dies ist typischerweise der Fall bei innerhalb eines Windparks, bei dem Abstände üblicherweise bei dem zwei bis dreifachen der Anlagenhöhe betragen. Daher würde auch bei Abständen zwischen Vorranggebieten, die deutlich unter 5 km liegen, optisch unterschiedliche Windparks wahrgenommen. Darüber hinaus lässt sich die Frage, ob mehrere Windparks als ein großer Windpark wahrgenommen werden und ob eine Überprägung der Landschaft durch Windenergieanlagen erfolgen könnte, nicht anhand eines abstrakten Anstandskriteriums beurteilen. Vielmehr kommt es auf die örtlichen Verhältnisse, Sichtachsen, vorhandenen Bewaldung oder Bebauung, oder sonstige landschaftsprägende Element an, um die Auswirkungen im Einzelfall beurteilen zu können. Daher ist die abstrakte Festlegung von 5 km als Abstandsvorgabe ungeeignet und fehlerhaft. Dies gilt erst recht, wenn nur die Abstände zwischen in dem Regionalplan auszuweisenden Vorranggebieten in Betracht gezogen werden, während dieses Kriterium für bestehende WEA und Windparks nicht einheitlich angewendet werden soll. Der Planbegründung ist ferner nicht zu nehmen, dass geringere Abstandsvorgaben zwischen den Vorranggebieten, z.B. 2 oder 3 km, ernsthaft in Erwägung gezogen oder deren Auswirkungen untersucht worden sind. Insofern hat eine ausreichende Ermittlung der tatsächlichen Planungsgrundlagen und eine umfassende Abwägung offenbar nicht stattgefunden.

Die Bedenken sind unbegründet. Die Anwendung des 5-km-Mindestabstands ist ausreichend begründet und nicht willkürlich bzw. fehlerhaft. Grundsätzlich steht es im weiten Planungsermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft zum Schutz des Landschaftsbildes einen Mindestabstand zwischen den Standorten von Windenergieanlagen pauschal festzulegen. Die Bemessung des erforderlichen Abstandswerts mit 5 km ist nicht abwägungsfehlerhaft, sondern Ergebnis einer zulässigen Pauschalierung. (siehe Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Urteil vom 05.07.2018 - OVG 2 A 2.16, Rn. 114) Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt bei der Bewertung der optischen Wirkung auf den von Peters, Torkler, Brahms und Zeidler festgelegte mittleren Wirkungsbereich von 4.500 Meter ab. (siehe ergänzende Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 3 der Planbegründung auf Seite 5) Dass es nach Ansicht der Stellungnehmerin auch gerechtfertigt wäre, einen geringeren Abstandswert festzulegen, stellt keinen Mangel der Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft dar.

TÖB-Nr.: 2116 / UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG

STRP Wind / IV.2.6.30. B 30 5-km-Abstand zwischen VRW

BE-ID: 433 B 30 Mindestabstand der Vorranggebiete von 5 km. Die Festlegung von 5 km als Abstand zwischen Vorranggebieten ist fachlich unzureichend begründet und willkürlich gewählt. Weder das Landesentwicklungsprogramm noch der Windenergieerlass enthalten Vorgaben zur Festlegung eines Mindestabstandes zwischen Vorranggebieten, diese bedarf es aber auch grundsätzlich nicht. Moderne Anlagen werden aus Gründen der Standsicherheit in einem Abstand von ca. 350 m (eher mehr) zueinander errichtet. Ein solcher Windpark ist auch bereits bei einem Abstand von mehr als 1 km visuell deutlich vom nächsten benachbarten Windpark zu trennen. Dies gilt erst recht bei einem Abstand von 2 oder 3 km. Der Plangeber muss bei Festlegung eines Mindestabstandes unter Berücksichtigung aller Belange die Entscheidung über das Ob und das Ausmaß der Mindestabstandsregelung abwägen. Eine solche Abwägung ist hier nicht erfolgt, eine Auseinandersetzung mit geringeren Mindestabständen wie beispielsweise 2 km oder 4 km findet nicht statt. Die Begründung, dass bei einem Abstand von 3 km eine WEA noch zu 45 % sichtbar sei und deshalb ein Abstand von 5 km, bei dem eine WEA nur noch zu 20 % sichtbar sei, erforderlich sei, geht in der Sache fehl. Die Festlegung eines Mindestabstandes von 5 km zwischen den Vorranggebieten ist auch aus raumordnerischer Sicht nicht erforderlich, daher verzichten die Bundesländer mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt auf die Vorgabe solcher Mindestabstände. Mecklenburg-Vorpommern gibt für die Regionalplanung einen Mindestabstand von 2,5 km vor. Einzig Sachsen-Anhalt hält (noch) an dem 5-km-Abstand fest. Eine "wahrnehmbare Trennung zwischen den Vorranggebieten" kann auch mit weitaus geringeren Abständen erreicht werden und ist auch von vielfältigen Faktoren abhängig (Ortschaften, Topographie, Bewaldung etc.) die gar nicht alle regionalplanerisch beachtet werden können. Darüber hinaus werden die "Überfrachtung und Überformung von Landschaftsräumen" und die „Verunstaltung des Landschaftsbildes" durch eine Reihe anderer Kriterien (z.B. Freiraumverbund, verschiedene Schutzgebietskategorien) bereits ausreichend gesichert. Abschließend erkennt der Plangeber selbst, dass der Mindestabstand in „besonderem Maße Einfluss auf das Planergebnis genommen" hat und wir fordern ihn dazu auf, auf die Anwendung dieses Kriteriums zu verzichten. Dass dies möglich ist, zeigt der Plangeber selbst auf, indem er mehrfach von diesem Kriterium abweicht.

Die Bedenken sind unbegründet. Die Anwendung des 5-km-Mindestabstands ist ausreichend begründet und nicht willkürlich. Grundsätzlich steht es im weiten Planungsermessen der Regionalen Planungsgemeinschaft, zum Schutz des Landschaftsbildes einen Mindestabstand zwischen den Standorten von Windenergieanlagen pauschal festzulegen. Die Bemessung des erforderlichen Abstandswerts mit 5 km ist nicht abwägungsfehlerhaft, sondern Ergebnis einer zulässigen Pauschalierung. (siehe Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Urteil vom 05.07.2018 - OVG 2 A 2.16, Rn. 114) Die Regionale Planungsgemeinschaft stellt bei der Bewertung der optischen Wirkung auf den von Peters, Torkler, Brahms und Zeidler festgelegte mittleren Wirkungsbereich von 4.500 Meter ab. (siehe ergänzende Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 3 der Planbegründung auf Seite 5) Dass es nach Ansicht der Stellungnehmerin auch gerechtfertigt wäre, einen geringeren Abstandswert festzulegen, stellt keinen Mangel der Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft dar. Diese Feststellung gilt gleichermaßen in Bezug auf die von der Stellungnehmerin benannten Beispiel der Planungspraxis anderer Bundesländer. Die Anwendung des Kriteriums hat – wie zutreffend festgestellt - Einfluss auf das Planergebnis. Das maßgebliche regionale Teilflächenziel wird gleichwohl erreicht.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 3 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

- BE ID = 326,706,707

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 172 / Landesbetrieb Forst Brandenburg

STRP Wind / STRP Wind

BE-ID: 326 Darüber hinaus führt Waldumwandlung zur Schwächung des landschaftsökologisch wirksamen Kühlungs- und Pufferpotenzials von Wäldern sowie ihrer regulierenden Funktion im Hinblick auf den Landschaftswasserhaushalt. Waldökosysteme puffern Extremniederschläge und speichern Wasser in der Landschaft, welches zeitverzögert abgegeben wird und damit der klimatischen Sommertrockenheit entgegenwirkt. Durch ihr spezifisches Innenklima mit im Vergleich zur Umgebung niedrigeren Temperaturen und höherer Luftfeuchtigkeit wirken Wälder auf Landschaftsebene ausgleichend auf das regionale Klima. Sie reduzieren Temperaturschwankungen, puffern die durch den Klimawandel bedingten Witterungsextreme und fördern die regionale Niederschlagsbildung. Der Verlust von Waldflächen bedeutet darüber hinaus auch eine Zunahme der Waldfragmentierung, ein durch Randeffekte bedingtes erhöhtes Schadsrisiko für benachbarte Waldflächen sowie eine Reduktion von Lebensräumen für durch den Klimawandel bedrohte Arten. Der Verlust der an Waldökosysteme gebundenen komplexen Lebensgemeinschaften bedeutet in einer sich im Wandel befindlichen Umwelt ein zusätzliches Risiko für die Stabilität von Landschaften.

Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen. Die durch den Sachlichen Teilregionalplan vorgesehenen Inanspruchnahme von Waldflächen ist nicht geeignet, die benannten Funktionen und Wirkungen des Waldes oder dessen Eigenschaften erheblich zu beeinträchtigen. Auf die dazu von der Regionalen Planungsgemeinschaft in der ergänzenden Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 4 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen - insbesondere Seite 5 bis 14 - wird hingewiesen. Es ist bedauerlich, dass es die Landesforstbehörde unterlässt, zu diesen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen eine fachliche Stellungnahme abzugeben. Es ist nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht hilfreich, lediglich allgemein auf mögliche negative Auswirkungen hinzuweisen, ohne eine Bewertung darüber abzugeben, ob und mit welcher Erheblichkeit diese Auswirkungen durch die Errichtung von Windenergieanlagen zu erwarten sind. Trotz des großen Interesses, welches dieser Frage auch in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird, ist es der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht bekannt, dass Veränderungen des Waldes im Umfeld von bestehenden Windenergieanlagen untersucht worden wären. Auch der Stellungnehmer teilt solche Untersuchungen nicht mit. Die Regionale Planungsgemeinschaft hält solche Untersuchungen für erforderlich und regt die Landesforstbehörde an, entsprechende Messungen und Beobachtung zu veranlassen.

TÖB-Nr.: 2065 / Freier Wald e.V.

STRP Wind / IV.2. Planungskonzept

BE-ID: 706 Walderhalt und Waldaufwertung sind verpflichtend, um bis zum Jahr 2030 mindestens 55 Prozent der klimaschädlichen Treibhausgase im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren, um 2050 klimaneutral zu werden. Dabei ist der Themenkomplex Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft - kurz LULUCF (Land Use, Land Use change and Forestry) wichtiger denn je. Denn die Rolle von Landnutzung und natürlichen Senken ist mitentscheidend, um das Ziel der Klimaneutralität zu ermöglichen. Gleichzeitig steht der Sektor durch den fortschreitenden Klimawandel und intensivierte Nutzung zunehmend unter Druck und beinhaltet selbst einige starke Quellen von Treibhausgasen. Es gelte, Synergien zwischen der europäischen LULUCF-Verordnung und der Klimaanpassungs- und der Biodiversitätsstrategie zu stärken. Die Regionalplanung muss einen neuen Ansatz für eine strukturell verankerte Ökosystempolitik durch eine neue Landwendestrategie vorantreiben, um die LULUCF-Verordnung umzusetzen und die natürliche Resilienz der Ökosystemleistungen zu erhöhen. Hier muss die Regionalplanung ansetzen. Die Menge an CO₂, die europäische Wälder, Moore und Böden aus der Atmosphäre aufnehmen, ging von 2013 bis 2018 um etwa 20 Prozent zurück. Die Art der Nutzung von Wäldern, Äckern, Wiesen und organischen Böden/Moorböden bestimmt, ob sie als Nettoquelle Treibhausgase in die Atmosphäre emittieren oder als natürliche Kohlenstoffsinken CO₂ in Form von Kohlenstoff in Pflanzen und Böden speichern. Senken entstehen durch das Wachstum von Biomasse, die langfristig Kohlenstoff in Vegetation, Böden und Holzprodukten speichert. Gleichzeitig werden allerdings auch Emissionen aus der Nutzung von Biomasse und Böden freigesetzt, beispielsweise durch die intensive Landwirtschaft, die Vernichtung von Wald, Grünland oder die Entwässerung von Mooren. Nachhaltige Waldbewirtschaftung, die Wiederherstellung von Wäldern und organischen Böden, von Grünland sowie die Wiedervernässung von Mooren gehören zu Maßnahmen, die gleichzeitig dem Klima- und dem Biodiversitätsschutz dienen. All diese Maßnahmen sind bei der Planung zu beachten und zu realisieren. Uns ist bekannt, dass die Regionale Planungsstelle andere Vorstellungen von den Wirkungen der Rodungen der Wälder und deren Wichtigkeit in unserer Region hat. Dieser Standpunkt ist aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse zu überprüfen und aufzugeben. Eine offene gesellschaftliche Diskussion zum Wald muss möglich sein. Man kann über die eingesetzten Stilmittel unterschiedlicher Ansicht sein, aber zweifellos ist es durch Peter Wohlleben und sein Buch „Das geheime Leben der Bäume“ erst möglich geworden, die Forstwissenschaften aus ihrer gesellschaftlichen Nische zu befreien und Wald zu einem Thema zu machen, das Millionen Menschen begeistert. Ohne Impulsgeber wie die Bücher von Peter Wohlleben und seinen neuen Film würde es in Deutschland vermutlich eine viel schwächere gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft unserer Wälder geben - die immerhin zur Hälfte in öffentlicher Hand sind und per Gesetz nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Natur und dem Wohl der Bevölkerung dienen. „Wald soll Wald bleiben!“. Dieser Aussage schließen wir uns vollumfänglich an. Weiterhin sei in diesem Kontext auch auf die fundierten Ausführungen des NABU Brandenburg in einer Forderung an den Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz Brandenburg, Axel Vogel verwiesen.
[https://brandenburg.nabu.de/imperia/md/content/brandenburg2/2022-12-13_moratorium_waldrodung_schreiben_axel_vogel.pdf]

Die vom Stellungnehmer mitgeteilte Einschätzung, dass „die Art der Nutzung von Wäldern, Äckern, Wiesen und organischen Böden/Moorböden bestimmt, ob sie als Nettoquelle Treibhausgase in die Atmosphäre emittieren oder als natürliche Kohlenstoffsinken CO₂ in Form von Kohlenstoff in Pflanzen und Böden speichern“, wird von der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht in Zweifel gezogen. (siehe dazu beispielsweise Seite 7 bis 15 der ergänzenden Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 4 der Planbegründung) Anders als der Stellungnehmer zieht die Regionale Planungsgemeinschaft daraus nicht die (unsachgerechte) Schlussfolgerungen, dass Wald bzw. Forstflächen allgemein nicht für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden können. Diese Einschätzung wird auch vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg nicht vertreten.

BE-ID: 707 Vorhandene Wälder lassen sich durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht kompensieren. Umwandlungen von Wald für Windindustrieansiedlungen zerstören nicht nur wichtigen Lebensraum, sie führen auch zu einer enormen CO₂-Freisetzung. Selbst wenn das Holz nicht energetisch genutzt wird und noch länger erhalten bleibt, wird auch im Humus gespeichertes CO₂ durch Rodungen freigesetzt. Da die CO₂-Bindung der Bäume mit dem Gesamtvolumen des Holzkörpers zusammenhängt, dauert es lange, bis die heranwachsende Erstaufforstung so viel CO₂ binden kann, wie es der gerodete Bestand vermocht hätte.

Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch nicht zu der Entscheidung, Waldflächen allgemein nicht für eine Festlegung von Vorranggebieten in Betracht zu ziehen. Die Annahme des Stellungnehmers, durch die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung im Sachlichen Teilregionalplan werde das CO₂-Speichervermögen der Wälder der Region negativ

Des Weiteren werden Neuaufforstungen immer schwieriger, da viele Jungpflanzen aufgrund zunehmender Trocken- und Hitzeperioden nicht mehr bzw. sehr schlecht anwachsen können. Würde der Wald statt Inanspruchnahme für Windindustrieansiedlungen als Dauerwald weiter bewirtschaftet, könnte hingegen während der ganzen Zeit in erheblichem Umfang zusätzliches CO₂ gespeichert werden. Deshalb fordern wir, dass endlich mit dem Wahnsinn der Waldvernichtung für Industrieansiedlungen Schluss gemacht wird. Wälder gehören zu den artenreichsten Ökosystemen in der Regionalen Planungsregion, in Deutschland und in der ganzen Welt. Selbst Wirtschaftswälder beherbergen eine Vielzahl an Pilz-, Pflanzen- und Tierarten. Die Artenvielfalt nimmt bei extensiver oder unterlassener Nutzung sogar noch zu. Am artenreichsten und ökologisch wertvollsten sind natürliche und naturnahe Wälder, die reich an Biotopbäumen und Totholz sind und in denen Holznutzung nur als behutsame Einzelstammentnahme erfolgt oder ganz unterbleibt. Wälder erfüllen wichtige Funktionen, die sowohl für Flora und Fauna als auch für uns Menschen überlebenswichtig sind. Das sollte bei der Erarbeitung des sachlichen Teilregionalplanes Wind unbedingt beachtet werden. - Wald ist Lebensraum, - Wald produziert saubere Luft, - Wald verhindert Hochwasser, - Wald sorgt für sauberes Trinkwasser, - Wald ist Klimaschutz, - Wald ist Bodenschutz, - Wald ist Erholung.

beeinflusst - oder führe gar zu einer wahnsinnigen Waldvernichtung - ist unzutreffend und beruht auf einer unsachgerechten, vereinfachten und unvollständigen Darstellung der Zusammenhänge. Auf die dazu von der Regionalen Planungsgemeinschaft in der ergänzenden Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 4 der Planbegründung vorgenommenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen - insbesondere Seite 5 bis 14 - wird hingewiesen. Zudem wird der Aspekt der vermiedenen Emissionen durch die Nutzung der Windenergie vom Stellungnehmer außer Acht gelassen. Diesbezüglich wird auf die Publikation des Umweltbundesamtes „Emissionsbilanz erneuerbarer Energieträger Bestimmung der vermiedenen Emissionen im Jahr 2021“ (insbesondere Seite 57) hingewiesen. Der Stellungnehmer wird ermutigt, seine Annahmen hinsichtlich der Bedeutung der CO₂-Speicherung auf einer Fläche von weniger als 0,5 Hektar Wald (oder nach eigenen Annahmen gerne auch mehr), die für eine Windenergieanlage in Anspruch genommen werden müssen, unter Berücksichtigung eines spezifische Vermeidungsfaktor von 753 g CO₂-Äq./kWh elektrischer Energie einer Onshore-Windenergieanlage selbst zu überprüfen. (Hinweise: Holzzuwachs Kiefer 9,5 m³/ha*a [Quelle: Bundeswaldinventur 2014], durchschnittliche jährliche Kohlenstoffbindung etwa 0,9/ha (in CO₂: 3,3 t/ha) [Quelle: Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft <https://www.lwf.bayern.de/boden-klima/kohlenstoffbindung/266779/index.php>], angenommene Jahresarbeitsleistung einer Windenergieanlage 8.000.000 kWh (oder auch weniger)) Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass der Senat 3a des Oberverwaltungsgerichts mit Urteil vom 14.06.2023 Folgendes festgestellt hat: „Vor dem Hintergrund des eindeutigen gesetzgeberischen Willens und der Ausgestaltung des § 2 Satz 2 EEG als Sollbestimmung spricht hier alles dafür, dass sich in den einzelnen Schutzgüterabwägungen - ausdrücklich ist im Gesetzgebungsverfahren auch der Bereich des Forstrechts genannt - ein regelmäßiges Übergewicht der Erneuerbaren Energien in dem Sinne ergibt, dass das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung von Windenergieanlagen sowie das öffentliche Sicherheitsinteresse nur in atypischen Ausnahmefällen überwunden werden kann, die fachlich anhand der besonderen Umstände der jeweiligen Situation zu begründen sind. Der Beklagte hat zwar vorgebracht, Wälder spielten im Klimawandel eine zentrale Rolle bei der Bindung und Speicherung von atmosphärischem Kohlenstoffdioxid (CO₂). Aus der Perspektive des Klimaschutzes führe eine Waldumwandlung durch den Verlust

lebender, CO₂-fixierender Bäume zu einer drastischen Reduktion der jährlichen CO₂-Bindung und zur Schwächung des landschaftsökologisch wirksamen Kühlungs- und Pufferpotenzials von Wäldern sowie ihrer regulierenden Funktion im Hinblick auf den Landschaftswasserhaushalt. Der Verlust von Waldflächen bedeute darüber hinaus eine Zunahme der Waldfragmentierung, ein durch Randeffekte bedingtes erhöhtes Schadrisiko für benachbarte Waldflächen sowie eine Reduktion von Lebensräumen für durch den Klimawandel bedrohte Arten. Insoweit handelt es sich jedoch nur um generelle Erwägungen, die für jeden Eingriff in Waldbestände zur Errichtung einer Windenergieanlage gleichermaßen gelten. Sie sind nicht geeignet, das gesetzlich definierte überragende Gewicht des öffentlichen Interesses am Ausbau erneuerbarer Energien zu überwinden.“ (OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 14.06.2023 - OVG 3a A 30/23, Rn. 37, 38)

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 1 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

- BE ID = 944

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 2094 / JUWI GmbH

STRP Wind / III. VRW 12 Nitzahn

BE-ID: 944 Vorranggebiet 12 - Nitzahn: In unserer Stellungnahme am 09.06.2022 zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 hatten wir uns erfreut gezeigt über die Ausweisung des Vorranggebietes 12 - Nitzahn (damals WEG 12 - Nitzahn) und darüber hinaus eine nördliche Gebietserweiterung vorgeschlagen. Leider hat sich nun in unseren avifaunistischen Kartierungen aus dem Jahr 2022 ergeben, dass sich im 1.000 m - Umkreis um das Vorranggebiet 12 - Nitzahn diverse Brutplätze und -reviere von geschützten Groß- und Greifvögeln befinden. Es handelt sich dabei um die Arten Rotmilan, Fischadler, Kranich und Schwarzmilan, welche die windenergetische Genehmigungsfähigkeit des Gebietes nicht möglich machen. Bei Bedarf können wir Ihnen die entsprechende Kartierung zusenden. Wir empfehlen daher die Entnahme des Gebietes 12 - Nitzahn als Vorranggebiet aus dem Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung.

Die Hinweise werden berücksichtigt, führen jedoch nicht zu dem Ergebnis, das VRW 12 nicht festzulegen. Die von der Stellungnehmerin mitgeteilten faunistischen Befunde wurden dem Referat N1 des Landesamtes für Umwelt zur Stellungnahme vorgelegt, welches seine Einschätzungen mit Schreiben vom 22.11.2023 mitgeteilt hat. In Auswertung dieser Mitteilung kann festgestellt werden, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in dem betreffenden Gebiet unter Inanspruchnahme einer artenschutzrechtlichen Ausnahme (Schwarzmilan) bzw. nach Durchführung von Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen (Schwarzstorch) oder von Ausgleichsmaßnahmen (Kranich) wäre. Für die Festlegung des Gebietes spricht seine siedlungsferne Lage sowie die Lage in einem Teilraum der Region, in dem bisher weniger Windenergieanlagen errichtet sind.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 6 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

• BE ID = 387,388,390,554,556,889

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 56 / Stadt Ludwigsfelde

STRP Wind / III. VRW 36 Thyrow/Kerzendorf

BE-ID: 387 Im Gegensatz zum VRW 44, welches nach Einschätzung der Stadt Ludwigsfelde vorrangig der Bestandssicherung dient, wäre das VRW 36 ein gänzlich neues Windgebiet, welches noch nicht durch eine Nutzung der Windenergie vorgeprägt ist. In der Gesamtbetrachtung des Wirkungsgefüges von VRW 36 und VRW 44 ergäbe sich für die Stadt Ludwigsfelde eine übermäßige räumliche Belastung und stünde somit im Widerspruch zum Planungsziel Nr. 3 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming: "Im Regionsgebiet soll eine möglichst ausgewogene räumliche Verteilung der Vorranggebiete für die Windenergienutzung erreicht werden. Eine übermäßige Belastung einzelner Teilräume soll vermieden werden" (siehe STRP, RN 39). Im VRW 44 sind bereits 18 Windenergieanlagen im Betrieb bzw. genehmigt. Im VRW 36 könnten nach eigener Schätzung weitere 20 bis 25 Windenergieanlagen errichtet werden. Somit könnten kurz- bis mittelfristig rund 40 Windenergieanlagen in einem Radius von nur 6 km um den Stadtkern von Ludwigsfelde entstehen. Abgesehen von der Stadt Nauen im Landkreis Havelland, wäre Ludwigsfelde das einzige Mittelzentrum in der Planungsregion, welches so massiv von Windenergieanlagen betroffen wäre. Bei allen anderen Mittelzentren in der Region stehen entweder weniger Anlagen in der Nähe des jeweiligen Hauptortes des Mittelzentrums oder der Abstand der Anlagen zum jeweiligen Hauptort ist größer. Trotz aller Notwendigkeit des beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien, wird daher vorgeschlagen, dass bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung die Anzahl der betroffenen Einwohner (Siedlungsdichte) in einem Radius von 5 Kilometer um die Vorranggebiete als weiteres Planungskriterium ergänzt wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass Gebiete mit einer geringeren Siedlungsdichte auch ein geringeres Konfliktpotenzial hinsichtlich des Schutzgutes Mensch aufweisen würden und daher besser für die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung geeignet wären. Bislang sind die Abstandsflächen zu bewohnten Gebieten (Planungskriterien W 1.1, W 1.2 und W 1.3) sowie die Vermeidung der Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen (Planungskriterium B 29) die einzigen Planungskriterien, die dem Schutz der ansässigen Wohnbevölkerung dienen (siehe STRP, Tabelle 8).

Die Annahme, mit der Festlegung des VRW 36 ergäbe sich eine „übermäßige räumliche Belastung“, die mit dem allgemeinen Planungsziel Nummer 3 nicht vereinbar wäre, ist unzutreffend. Zunächst ist festzustellen, dass sich im Stadtgebiet Ludwigsfelde lediglich eine Windenergieanlage befindet. Dieser Sachverhalt spricht offensichtlich nicht für die Bewertung, dass es sich um einen Teilraum der Region handelt, in dem bereits viele Windenergieanlagen errichtet sind. Auch unter Berücksichtigung der bestehenden und genehmigten Windenergieanlagen in Stahnsdorf und Teltow ergibt sich keine andere Bewertung. Die drei Gemeindegebiete (Stadt Ludwigsfelde, Gemeinde Stahnsdorf und Stadt Teltow) habe zusammen eine Fläche von etwa 17.000 ha. Unter Berücksichtigung der bestehenden und genehmigten Anlagen ergibt sich nach Abschnitt IV.3.2 der Planbegründung eine maßgebliche Kennziffer von 1,2 Windenergieanlagen je 1.000 ha. Diese Kennziffer führt nicht zu der Bewertung, dass es sich um einen Teilraum handelt, in dem bereits viele Windenergieanlagen errichtet sind. Die Annahme der Stellungnehmerin, die Festlegung des VRW 36 könnte die Funktion der Stadt Ludwigsfelde als Mittelzentrum beeinträchtigen, ist unbegründet. Nach Ziel 3.6 Absatz 3 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) sind in den Mittelzentren die gehobenen Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung räumlich zu konzentrieren. Dazu sind Waren- und Dienstleistungsangebote des gehobenen Bedarfs zu sichern und zu qualifizieren. Es ist nicht ohne Weiteres erkennbar und wird durch die Stellungnehmerin auch nicht aufgeklärt, warum bzw. in welcher Weise die Festlegung des VRW 36 diese mittelzentralen Funktionen beeinträchtigen könnte. Soweit das Mittelzentrum Ludwigsfelde auch Anteil am Gestaltungsraum Siedlung hat und damit nach Ziel

BE-ID: 388	<p>Die Stadt Ludwigsfelde ist geprägt von Industrie- und Gewerbeansiedlungen. Insbesondere im Verflechtungsbereich zu der im Norden angrenzenden Gemeinde Großbeeren haben sich zahlreiche großflächige Industrie- und Gewerbeunternehmen angesiedelt, mit der Folge, dass die Möglichkeiten der Naherholung in diesem Bereich stark eingeschränkt sind. Daher ist es der Stadt Ludwigsfelde umso wichtiger, dass der zusammenhängende Freiraumverbund südlich der Kernstadt, bestehend aus Offen- und Waldflächen sowie Wasserflächen und kleinen Ortslagen, der Naherholung für die Ludwigsfelder und ihren Besuchern uneingeschränkt zur Verfügung steht. Die Ansiedlung weiterer Industrieanlagen in Form von Windenergieanlagen würde die Erholungsfunktion erheblich mindern und auch das Landschaftsbild beeinträchtigen. Mit dem Ziel, die Grün- und Freiflächen sowie die Wegebeziehungen in Ludwigsfelde und seinen Ortsteilen aufzuwerten, erarbeitet die Stadt Ludwigsfelde derzeit ein Maßnahmenkonzept mit dem Titel „Grünes Wegenetz“. Neben der Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten der einzelnen Flächen, soll das Konzept auch einen Beitrag zur Klimaresilienz leisten. Die Rodung von Waldflächen zugunsten von Windenergieanlagen stünde aber im direkten Konflikt zu diesen städtebaulichen Entwicklungsabsichten und wäre somit auch nicht hinnehmbar.</p>	<p>5.6 Absatz 1 LEP HR auch über einen Schwerpunkt für die Entwicklung von Wohnsiedlungsflächen verfügt, ist festzustellen, dass das VRW 36 einen ausreichenden Abstand von mindestens 1.100 m zum Gestaltungsraum Siedlung einhält. Der Sachverhalt, dass mit der Bebauung des VRW 36 zukünftig eine größere Anzahl von Windenergieanlagen im Stadtgebiet vorhanden sein wird und sich voraussichtlich eine ähnliche Situation einstellen wird, wie sie in anderen Teilräumen der Region bereits eingetreten ist, stellt keine „übermäßige räumliche Belastung“ der Stadt Ludwigsfelde dar.</p> <p>Die Bedenken haben nicht das Gewicht, eine Planänderung ausreichend zu begründen. An der Festlegung des VRW 36 wird unverändert festgehalten. Die Belange des Schutzes des Landschaftsbildes und der Erholung wurden von der Regionalen Planungsgemeinschaft bereits angemessen berücksichtigt. Das Stadtgebiet Ludwigsfelde hat im Westen und Osten einen größeren flächenhaften Anteil an den Landschaftsschutzgebieten „Nuthetal Beelitzer Sander“ bzw. „Notte-Niederung“ sowie „Diedersdorfer Heide und Großbeerener Graben“. Diese Flächen, die auch für die Erholung von besonderer Bedeutung sind (§ 26 Absatz 1 Nummer BNatSchG), umfassen etwa 45 Prozent des Stadtgebietes und werden von der Regionalen Planungsgemeinschaft für die Festlegung von Vorranggebieten nicht in Betracht gezogen. Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt weiter 420 ha siedlungsnahen Wald mit der Funktion „Erholungswald“ der Intensitätsstufe 2, der sich überwiegend nördlich außerhalb des VRW 36 befindet. Im Stadtgebiet Ludwigsfelde befinden sich insgesamt etwa 3.100 ha Wald darunter ein etwa 580 ha großes zusammenhängendes Waldgebiet westlich der Kernstadt außerhalb des VRW 36 (Ludwigsfelder Heide), durch welches eine „Grünverbindung“ zum Wohngebiet „Ahrensdorfer Heide“ und zum Ortsteil Siethen mit dem Siethener See als einem Erholungsschwerpunkt gewährleistet ist. Das VRW 36 nimmt nur etwa 8 Prozent der Waldfläche der Stadt Ludwigsfelde ein, wovon ein nur geringer Teil für die Errichtung von Windenergieanlagen in Anspruch genommen wird. Der Wald bleibt in seinen Funktionen erhalten. Über den Sachverhalt, dass „derzeit“ ein Maßnahmenkonzept mit dem Titel „Grünes Wegenetz“ erarbeitet wird, wurde die Regionale Planungsgemeinschaft bereits mit Stellungnahme vom 30.05.2022 informiert. Da die Stadt keine genaueren Informationen zur Verfügung stellt, geht die Regionale Planungsgemeinschaft davon</p>
------------	--	--

BE-ID: 390 Sollte die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming trotz der hier vorgebrachten Argumente an ihren Plänen zur Ausweisung des VRW 36 festhalten, so müsste zumindest die Gebietskulisse des Vorranggebietes angepasst werden, da ansonsten der Mindestabstand von 1.100 m zu einer geplanten Wohnbebauung gemäß Planungskriterien W 1.2 nicht eingehalten werden würde (siehe STRP, RN 105): Südlich der Ludwigsfelder Kernstadt, direkt angrenzend zum bestehenden Siedlungsgebiet, soll mittelfristig ein neues Wohnquartier entstehen und somit den Siedlungskörper im Bereich der Siethener Straße abrunden (siehe Anlage zu dieser Stellungnahme). Das in Rede stehende Gebiet hat eine Größe von ca. 14 ha und ist im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Ludwigsfelde noch als Waldfläche dargestellt. Aktuell befindet sich die Stadt Ludwigsfelde in einem Planverfahren zur Neuaufrstellung des Flächennutzungsplans. In der Folge soll die jetzige Waldfläche künftig als Wohnbaufläche ausgewiesen werden. Bereits in der Wohnungspolitischen Umsetzungsstrategie für die Stadt Ludwigsfelde aus dem Jahr 2018 wurde diese Fläche als Potenzialfläche für die Siedlungsentwicklung identifiziert. Nach eigenen Berechnungen würde trotz einer Verkleinerung des VRW 36 das regionale Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche erreicht und somit die gesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zur Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (BbgFzG) eingehalten werden.

aus, dass es keinen Planungsfortschritt zu berichten gibt. Ein „direkter Konflikt“ zwischen „diesen städtebaulichen Entwicklungsabsichten“ und der Festlegung des VRW 36 kann daher von der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht festgestellt werden. Das VRW 36 befindet sich außerhalb des Freiraumverbunds nach Ziel 6.2 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Der Anregung, das VRW 36 zu verkleinern, wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird folgendes festgestellt: Die Planungsabsichten der Stadt sind nicht ausreichend konkretisiert. Mit Stellungnahme vom 30.01.2023 (Verfahren nach § 9 Absatz 1 ROG) hat die Stadt Ludwigsfelde die jetzt benannte Planung nicht mitgeteilt. Auch in vorangegangenen Stellungnahmen (beispielsweise zum Regionalplan 3.0) war das nicht der Fall. Für die nach Mitteilung der Stadt am 03.05.2021 beschlossene Neuaufrstellung des Flächennutzungsplans sowie Landschaftsplans liegen noch keine Entwürfe vor. In der „Wohnungspolitischen Umsetzungsstrategie für die Stadt Ludwigsfelde“ aus dem Jahr 2018 wird auf Seite 58 eine perspektivische Potenzialfläche Nummer 21 „Siethener Straße-Westverbinder“ mit 46 ha Flächenumfang benannt und auf der Seite 59 kartografisch dargestellt. Die in der Anlage zur Stellungnahme abgebildete Fläche stellt nur eine Teilfläche der perspektivischen Potenzialfläche 21 dar (etwa ein Drittel). Insgesamt werden in der „Umsetzungsstrategie“ 178 ha perspektivische Potenzialflächen dargestellt. Die gesamte Potenzialfläche 21 befindet sich außerhalb des Gestaltungsraums Siedlung nach Ziel 5.6 Absatz 1 des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) und daher nicht in einem Schwerpunkt der Wohnsiedlungsflächenentwicklung und kann somit nur im Rahmen der Eigenentwicklung entwickelt werden. Bei der Aufstellung der „Wohnungspolitischen Umsetzungsstrategie“ wurden die Ziele des LEP HR, welcher erst nach der Erarbeitung der Umsetzungsstrategie im Jahr 2019 in Kraft getreten ist, nicht berücksichtigt. Auf der Seite 49 der „Umsetzungsstrategie“ wird lediglich festgestellt: „Im Zuge der Aufstellung des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion ist mit näheren Informationen zur grundsätzlichen Realisierbarkeit der perspektivischen Potenzialflächen zu rechnen.“ In dieser Hinsicht ist festzustellen, dass andere von der Stadt ermittelte Potenzialflächen beispielsweise Nummer 20 „Zossener Straße“ (52 ha) und Nummer 22 „Struveshof“ (54 ha) im Gestaltungsraum Siedlung gelegen sind und daher vorrangig für die Wohnbauflächenentwicklung in Betracht zu ziehen wären. Der

Sachverhalt, dass die gesamte Potenzialfläche 21 im Erholungswald der Intensitätsstufe 2 gelegen ist, spricht nach den von der Stadt in der BE 388 dargelegten Bewertungen (insbesondere letzter Satz) nicht dafür, dass die Stadt die Entscheidung treffen wird, die benannte Fläche zum Zwecke der Bebauung zu roden. Die insgesamt offenbar noch nicht ausreichend konkretisierten wohnungspolitischen Intentionen der Stadt sind nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft kein hinreichender Grund, das VRW 36 zu verkleinern.

TÖB-Nr.: 287 / Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR Haus der Natur

STRP Wind / III. VRW 36 Thyrow/Kerzendorf

BE-ID: 889 Das Gebiet ist von besonderer Bedeutung für die Erholung der Ludwigsfelder Bürger*innen, auch wenn der Wald von der Forstverwaltung nicht als Erholungswald angegeben wird. Entscheidend sollte hierbei sein, wie stark der Wald von Spaziergänger*innen frequentiert wird. Gerade das Landschaftsbild mit dem Wechsel zwischen Wald und Offenland sowie kleinen Feuchtbiotopen ist für die Naherholung attraktiv. Auch die Äcker im Süden des VRW sollten nicht durch WEA zerschnitten werden, da sie für den Landkreis Teltow-Fläming mit einer Ackerzahl von 30 vergleichsweise fruchtbar sind. Die Erzeugung von elektrischem Strom sollte nicht auf Kosten des Nahrungsmittelanbaus, bei dem es sich ebenfalls um Energieerzeugung und Sonnenenergienutzung handelt, betrieben werden.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Vorrangfläche ist, wie zutreffend festgestellt, von der Forstverwaltung nicht als Erholungswald kartiert. Gemäß des Landschaftsprogramms Brandenburg "Sachlicher Teilplan Landschaftsbild" wird das Vorranggebiet dem Landschaftsbildraum "Der Teltow" zugeschrieben. Der Raum besitzt eine geringe bis mittlere Bedeutung des Landschaftsbildes, welche entlang von Fließgewässern etwas höher liegt. Dass eine Nutzung des Waldes zur Naherholung durch Anwohner erfolgt, erscheint möglich. Gleichwohl scheint auch ein Ausweichen auf benachbarte Waldgebiete zumutbar. Im Hinblick auf die ackerbauliche Nutzung kann eine vergleichsweise geringe Konfliktlage zwischen der Errichtung von Windenergieanlagen und der landwirtschaftlichen Bodennutzung festgestellt werden. Eine Erschließung von Standorten für die Errichtung von Windenergieanlagen ist nach Einschätzung der regionalen Planungsstelle möglich, ohne eine unverhältnismäßig hohe Flächeninanspruchnahme oder schwerwiegende Nachteile für die Bodenbearbeitung zu bewirken (siehe Ergänzende Unterlagen Nr. 9 zu VRW 36). Eine Planänderung ist folglich nicht notwendig.

TÖB-Nr.: 2104 / Berliner Forsten

STRP Wind / III. VRW 36 Thyrow/Kerzendorf

BE-ID: 554 Zum vorliegenden Entwurf nehmen die Berliner Forsten wie folgt Stellung. Betroffenheit von Flächen der BF. BF sind in 2 VRW betroffen. VRW 36 Thyrow/Kerzendorf (Revier Nuthe), Gesamtfläche ca. 385 ha, Betroffenheit Wald BF ca. 120 ha, VRW 44 Großbeeren/Teltow/Stahnsdorf (Revier Nuthe) Gesamtfläche ca. 156 ha, Betroffenheit Wald BF ca. 10 ha. Windenergie VRW 36 Thyrow/Kerzendorf: Die Flächen des VRW beanspruchen Flächen der BF im südlichen Teil des zusammenhängenden Waldkomplexes zwischen Siethen und Ludwigsfelde. In Ost-West-Richtung wird der Waldkomplex durch die A10 und durch die L793 geteilt. Bisher sind im Umfeld keine WEA vorhanden. Der gesamte Waldkomplex wird intensiv als Erholungswald durch Anwohner den umliegenden Ortschaften aber auch von Berlinerinnen genutzt. Die aktuelle Ausweisung der Erholungsfunktionen trägt diesem Umstand nur unzureichend Rechnung. Die tatsächliche

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, führen jedoch nicht zu der Entscheidung, Änderungen an der Festlegung des VRW 36 vorzunehmen. Ausschlaggebend für die Einschätzung der Funktionen von Waldflächen ist die Waldfunktionskartierung. Das VRW 36 grenzt im Norden an einen Erholungswald der Intensitätsstufe 2 an, der nicht Bestandteil des VRW 36 ist. Die Waldfunktionskartierung spricht daher gegen die Annahme des Stellungnehmers, dass der im VRW 36 gelegene Wald „intensiv als Erholungswald“ genutzt wird. Warum dies der Fall sein soll,

Nutzung durch Erholungssuchende geht deutlich über den kartographisch ausgewiesenen Bereich hinaus.

wird durch den Stellungnehmer nicht nachvollziehbar begründet. Dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) der Stadt Ludwigsfelde (Fortschreibung Stand 14. Juni 2017 kann nicht entnommen werden, dass den betreffenden Waldflächen Bedeutung für die Freizeitgestaltung und den Tourismus zukommt. Die Regionale Planungsgemeinschaft vertritt die Einschätzung, dass im westlichen Umfeld der Kernstand Ludwigsfelde, ausreichend große zusammenhängende Waldflächen vorhanden sind, die für die Naherholung genutzt werden können. Die aufgrund ihrer vielfältigen Naturausstattung (Wald und Seen) für die Naherholung besonders geeigneten Gebiete befinden sich insbesondere im Landschaftsschutzgebiet „Nuthetal-Beelitzer Sander“ westlich des VRW 36 im Bereich des Siethener und des Gröbener Sees. (siehe dazu auch <https://www.ludwigsfelde.de/stadt-und-tourismus/ortsteile/siethen/>)

BE-ID: 556 Die Anlage von WEA im Wald bringt erhebliche Waldinanspruchnahmen für die Errichtung und insbesondere auch die Erschließung mit sich. Die weitgehend geschlossenen Waldbereiche müssen für Antransport und Errichtung geöffnet werden. Deutlich negative Auswirkungen bzgl. des Waldinnenklimas sind zu erwarten, die den beschriebenen Anstrengungen zum Umbau der Wälder entgegenlaufen. Dies betrifft insbesondere den westlichen und südlichen Teil des Waldgebietes, der ohnehin deutlichen Belastungen wegen der Windexposition und der benachbarten Landwirtschaft ausgesetzt ist. Eine weitere Öffnung der Wälder erhöht das Risiko weiterer witterungsbedingter Verluste von Einzelbäumen und Beständen angesichts der zu erwartenden Zunahme extremer Wetterereignisse. Der Wald im VRW ist nahezu vollständig bereits als geschlossenes Waldgebiet in der Kartierung von Schmettau (1767-1787) enthalten, stellt also definitiv einen alten Waldstandort mit ungebrochener Waldtradition dar.

Die benannten Sachverhalte, führen nicht zu der Entscheidung, das VRW 36 zu verkleinern. Die pauschale Annahme, die Errichtung von Windenergieanlagen führe zu einer „erheblichen Waldinanspruchnahme“ ist nicht ausreichend begründet. Die Errichtung von Windenergieanlagen führt vielmehr zu einer kleinflächigen Inanspruchnahme von Wald, die voraussichtlich keinen erheblichen Einfluss auf den Wald als Ökosystem hat (siehe dazu auf Seite 6 der ergänzenden Unterlage nach Abschnitt VI Nummer 4 der Planbegründung) Der Waldumbau wird durch die Errichtung von Windenergieanlagen weder verhindert noch erheblich erschwert. Im westlichen Teil des VRW 36 sind Mischwaldbestände vorhanden, die (teilweise) auf Waldumbaumaßnahmen zurückzuführen sind. Die Waldflächen grenzen an Ackerland bzw. werden von solchen durchbrochen und stellen sich – anders als im Ostteil des VRW 36 - nicht als ein größeres zusammenhängendes Waldgebiet dar. Durch eine angepasste Planung der Anlagenstandorte kann ausreichend gewährleistet werden, eine Inanspruchnahme struktureicherer Waldflächen zu vermeiden bzw. Eingriffe in diese Bestände zu minimieren. Es ist nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht ausreichend, lediglich allgemein auf mögliche negative Auswirkungen hinzuweisen, ohne eine Bewertung darüber abzugeben, ob und mit welcher Erheblichkeit diese Auswirkungen durch die Errichtung von Windenergieanlagen zu erwarten sind. Trotz des großen Interesses, welches dieser Frage auch in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird, ist es der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht bekannt, dass Veränderungen des Waldes im Umfeld von bestehenden Windenergieanlagen untersucht

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	worden wären. Auch der Stellungnehmer teilt solche Untersuchungen nicht mit.

Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 2 (Ausgabedatum: 01.03.2024)

angewendete Filter :

- BE ID = 1541,1656

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 12 / Amt Brück

STRP Wind / IIIa.2. Neues VRW

BE-ID: 1656 Wir bedanken uns für das Informationsgespräch am 21.12.2023 beim Landrat Herrn Köhler. Speziell ging es dabei um die Prüfung der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung u.a. in den Gebieten der amtsangehörigen Gemeinden Planebruch und Golzow. Anstoßgebend war ein Schreiben des LfU und die darin beschriebenen neuen Erkenntnisse zum Verhalten der Großtrappe in Bezug auf die Verbindungskorridore zwischen den Einstandsgebieten sowie die Auswirkungen auf Planungs- und Genehmigungsverfahren. Im Nachgang des Gespräches erhalten Sie nachfolgende Stellungnahme der Gemeinde Planebruch zur geplanten Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming: Die Gemeinde Planebruch nimmt zur Kenntnis, dass es von Seiten der Regionalen Planungsgemeinschaft der Region Havelland-Fläming nicht beabsichtigt ist, ein Vorranggebiet auf der Fläche des einstigen Windeignungsgebietes WEG 23 „Westliche Zauche“ für die Windenergienutzung im STRPW 2027 festzulegen. Daher wird die Gemeinde Planebruch im Rahmen ihrer Planungshoheit die gemeindliche Bauleitplanung zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Windenergieanlagen im Gebiet des ehemaligen WEG 23 fortführen.

Der Hinweis auf die beabsichtigte Fortführung der gemeindlichen Bauleitplanung zum Gebiet "Oberjünne" außerhalb der im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete wird von der Regionalen Planungsgemeinschaft zur Kenntnis genommen. Eine Regionalplanänderung ergibt sich hieraus nicht.

TÖB-Nr.: 2090 / Planungsbüro Petrick GmbH & Co. KG

STRP Wind / IIIa.2. Neues VRW

BE-ID: 1541 1. Der Umgang mit der Großtrappe: Der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans macht an mehreren Stellen deutlich, dass bei der Ausweisung von Windenergievorranggebieten auch vermeintliche Verbindungskorridore der in Brandenburg heimischen Großtrappe berücksichtigt wurden. Innerhalb dieser Korridore, deren Umfang und Grenzen sich aus den gem. Anlage 1 und Anlage 1.3 zum sog. AGW-Erlass ergeben, wurden mehrere Potentialflächen ausgeschieden oder zumindest nur in geringerem Umfang berücksichtigt, wie sich aus den Datenblättern zum Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans ergibt (so z.B. für die PF 19 Prützke, PF 28 Feldheim-Malterhausen, PF 34 Werbig, PF 45 Zülchendorf, PF 46 Ramboldtheide). Auch die hier in Rede stehenden Flächen des geplanten Windparks unserer Auftraggeberin liegen innerhalb der durch die Anlagen zum AGW-Erlass umrissenen, vermuteten Verbindungskorridore. Dieser bisherige Umgang des Planentwurfes mit der Art der Großtrappe im Hinblick auf deren angebliche Flugkorridore bedarf der dringenden Korrektur. Die Berücksichtigung solcher Verbindungskorridore ist abwägungsfehlerhaft und versperrt große Potentialflächen zu Unrecht einer möglichen Nutzung durch Windenergieanlagen. Es ist zunächst schon gar nicht nachgewiesen und in der wissenschaftlichen Literatur sehr umstritten, ob die

Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Der Anregung, das vorgeschlagene Gebiet „Herrenhölzer“ als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen, wird nicht gefolgt. Die Festlegung dieses Gebiets stünde im Widerspruch zu dem allgemeinen Planungsziel Nummer 2. (siehe Rn. 38 der Planbegründung) Die Gemeinde Bensdorf hat den Grundsatzbeschluss gefasst, die Errichtung von Windenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet nicht zu unterstützen. Nach Kenntnis der Regionalen Planungsstelle (Informationsgespräch am 21.12.2023) hält die Gemeinde an dieser Entscheidung fest. Die Festlegung der benannten Fläche ist zur Erreichung des maßgeblichen regionalen Teilflächenziels nicht erforderlich. Sollte die Gemeinde das von der Stellungnehmerin benannte Interesse an der Nutzung der

Großtrappe die nach den Anlagen zum AGW Erlass umrissenen Verbindungskorridore überhaupt nutzt. Eine - gar bestimmten Mustern folgende - systematische Verteilung der Großtrappe ist nach aktueller Erkenntnislage nicht festzustellen. Wenn damit aber nicht klar ist, ob die Vogelart diese Korridore tatsächlich nutzt, kann eine solch unklare Sachlage keinen belastbaren Grund darstellen, um Potentialflächen von der Planung auszunehmen, die die Größe des Landes Berlin erreichen. Auch rechtliche Aspekte sprechen dagegen, die vermuteten Verbindungskorridore der Großtrappe als einschränkendes Kriterium im Rahmen der Planung zu berücksichtigen. Denn selbst wenn diese Korridore bestünden, so wären diese in rechtlicher Hinsicht nur insoweit relevant, wie mit einer Bebauung innerhalb der Korridore eine Beeinträchtigung der drei Schutzgebiete Havelländisches Luch, Fiener Bruch und Belziger Landschaftswiesen als Brutstätten der Großtrappe im Sinne des § 34 Abs. 2 BNatSchG einherginge. Eine solche mittelbare Beeinträchtigung von Schutzgebieten durch Vorhaben, die selbst nicht innerhalb des Schutzgebietes liegen, ist jedoch nach einem Beschluss des OVG Sachsen-Anhalt v. 21.03.2013 - 2 M 154/12 - bei einem Abstand des Windenergievorranggebietes von mehr als 2.000 m zum Schutzgebiet regelmäßig und von vornherein ausgeschlossen. Diese Rechtsprechung hat das OVG Sachsen-Anhalt später weiterverfolgt und bestätigt (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 - 2 L 153/13 -, Rn. 55 ff., juris). Legt man diese Feststellungen zugrunde, ist hier bei Abständen der WEA von über 2.000m zum Schutzgebiet von einer Art Beweislastumkehr auszugehen. Aus diesem Grund müsste hier zunächst eine mittelbare Beeinträchtigung eines der Vogelschutzgebiete nachgewiesen werden. Eine solche Beeinträchtigung liegt aber insbesondere auch nicht in Form einer Barrierewirkung der geplanten WEA vor. Eine solche Wirkung auf die Großtrappe ist für das Gebiet unserer Auftraggeber bisher schon nicht nachgewiesen. Zudem wäre darüber hinaus auch erforderlich, dass diese Barrierewirkung das Erreichen der Schutzgebiete der Großtrappe nicht nur erschwert, sondern tatsächlich unmöglich macht (vgl. OVG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 20.01.2016 - 2 L 153/13 -, Rn. 52, juris). Auch hierfür fehlt es jedoch an Anhaltspunkten. Ohne Anhaltspunkte für eine solche mittelbare Beeinträchtigung wäre ein Ausschluss des Gebietes unserer Auftraggeber jedoch ohne Rechtfertigung und unverhältnismäßig.

Windenergie zukünftig befürworten, ist es ihr möglich, entsprechende Flächen für die Windenergienutzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung verfügbar zu machen. Hinsichtlich artenschutzrechtlicher Belange in Bezug auf die Großtrappe wird zunächst auf die weiter anzuwendenden Vorschriften nach Ziffer 4.19 der Anlage 1 des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass) hingewiesen. Ergänzend dazu werden folgende Sachverhalte und Bewertungen mitgeteilt: Der Präsident des Landesamtes für Umwelt hat die Regionale Planungsgemeinschaft mit Schreiben vom 01.11.2023 darüber informiert, dass sich im Zuge mehrjähriger Untersuchungen (Satellitentelemetrie) neue Erkenntnisse zum Verhalten der Großtrappe ergeben hätten. Vor dem Hintergrund dieser neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse würden nach Einschätzung des Landesamtes für Umwelt die Flugkorridore der Großtrappe der Ausweisung von Vorranggebieten im Bereich von vier anhängigen Genehmigungsverfahren – darunter auch das Verfahren zur Errichtung von 12 Windenergieanlagen „Windpark Herrenhölzer“ mit der LfU-Reg.-Nr. 079.00.00/11 - nicht mehr entgegenstehen. Weiter teilt der Präsident des Landesamtes für Umwelt im gleichen Schreiben mit, dass die vorstehende Bewertung nur für die vier benannten Fälle zutrefte. Inwieweit darüber hinaus das Schutzkonzept für die Großtrappe anzupassen sei, werde „im Rahmen der fortdauernden Untersuchungen und weiteren Auswertung“ ermittelt. Zu diesen Mitteilungen trifft die Regionale Planungsgemeinschaft die folgenden Einschätzungen und Entscheidungen: Die betreffenden (vier) Flächen werden unter Berücksichtigung der Kriterien des Planungskonzepts nicht als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt. Für das Gebiet „Herrenhölzer“ sind die zuvor benannten Sachverhalte und Bewertungen maßgeblich. Für die Entscheidung, die (vier) betreffenden Gebiete nicht in den Sachlichen Teilregionalplan 2027 aufzunehmen sprechen weiter die nachfolgenden Einschätzung: Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz wird das Schutzkonzept für die Großtrappe voraussichtlich demnächst an die neuen Erkenntnisse anpassen. In welcher Weise dies erfolgen wird, kann durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht vorhergesehen werden. Nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft sind weitere Entscheidungen im Interesse der Gewährleistung einer ausgewogenen gesamtäumlichen Planung (allgemeines Planungsziel Nummer 3, Rn. 39 der Planbegründung) nur auf der Grundlage der Kenntnis des geänderten Schutzkonzeptes für die Großtrappe möglich.

